

Schweizer Demokrat


Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 43. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 3/4 2008

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Nicht unser Bier!



Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
Zürich

Seit vor etwa fünfzig Jahren die Masseneinwanderung in die Schweiz begann, waren es immer die sozial schwächeren Schichten von Schweizern, die unter der Überfremdung zu leiden hatten. Sie waren und sind ständig und überall damit konfrontiert. Mit Schulen z.B., in denen ihre Kinder nichts mehr lernen, ausser etwa den sattsam bekannten «Balkan-Slang».

Oder mit Nachbarn, die sich nicht an hiesige Sitten und Gebräuche anpassen wollen – und drohend bis gewalttätig werden, wenn man sie höflich bittet, sich daran zu halten... Wohlhabende Schweizer ziehen in Gegenden um, wo sie unter sich sind, und können sich für ihre Kinder teure Privatschulen leisten. Die ganze Überlast der sogenann-

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

ten «Integrati-
on» wird weiter-
hin den Arbei-
tern, einfachen
Angestellten und
Rentnern aufge-
bürdet. Auf der
politischen Ebene
hingegen ist es
in Sachen
«Überfrem-
dung» seit den
Siebzigerjahren
zu einer

**erheblichen
Veränderung der
«Grosswetter-
lage»**

gekommen. Da-
mals bestand die
politische Linke
in der Schweiz
fast nur aus der
Sozialdemokra-
tischen Partei

(SP), und diese war eine Arbeiterpartei. Die Parteibosse hatten zwar gar keine Freude am heftigen Widerstand, der sich an der Basis gegen die Masseneinwanderung regte. Schliesslich sang man am Parteitag die «Internationale» und hatte man an Schulungen eingebleut bekommen, dass ein Sozialist auch Internationalist sein müsse. Doch die SP-Kader wussten nur zu gut, dass die Arbeiterschaft mit solchen Theorien nichts am Hut hatte, sondern national dachte und 1970 mit massiven Mehrheiten für die «Schwarzenbach-Initiative» gestimmt hatte. Unzufriedene Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gaben in Scharen den Austritt und wandten sich der Nationalen Aktion zu. Damit der Exodus nicht noch stärker wurde, verhielt sich die SP gegenüber uns Überfremdungsgegnern sehr zurückhaltend. Für das Bürgertum andererseits ging schon damals der private Profit für die reiche Oberschicht über alles. Und dieser Profit liess sich mit der Einwanderung trefflich vermehren, denn damals gab es nur «rentable» Ausländer, also Fremdarbeiter, die man als billige Massenarbeitskräfte ausbeuten konnte. Zugleich füllten sie die vielen Neubauquartiere auf der grünen Wiese. Darum waren es in den Siebzigerjahren auch die Wirtschafts-
bosse, welche jede Initiative gegen die Überfremdung der Schweiz mit Millionen-Kampagnen bodigten. So war damals auch jedem «Nationalen Aktionler» bewusst: Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbosse waren Arbeiter-Verräter. Doch der

**Hauptgegner war die
wachstumssüchtige Wirtschaft**

Dann aber, etwa ab 1983, trat mit den Asylanten eine neue Art von Einwanderern in Erscheinung. Nun gab es plötzlich Ausländer, die für die Wirtschaft nicht rentabel waren, sondern im Gegenteil – kosteten! Damit wurde die Interessenlage für das Geldbürgertum grundlegend verändert: Diese Asylanten waren unerwünscht! Doch politisch erwiesen sie sich als sehr



Mit ungeheurem finanziellem Einsatz bodigte das «Kapital» 1970 das NA-Volksbegehren «gegen die Überfremdung» (Schwarzenbach-Initiative).

nützlich. Sie boten sich als ideale «Blitzableiter» an, auf den man den Groll umleiten konnte, den der Schweizer «Büezer» wegen der immer schlimmer werdenden Überfremdung hegten. So sattelte die Wirtschaft die bis dahin eher serbelnde ehemalige Bauernpartei SVP als neues Schlachtross gegen die Nationale Aktion. Letztere gab keine Ruhe und versuchte immer wieder die Einwanderungsmaschinerie zu stoppen. Seither wird den Schweizerinnen und Schweizern mit viel Geldeinsatz die Vorstellung eingetrichtert, dass es «gute», d.h. wirtschaftlich nützliche Ausländer geben würde. Diese sollten alle «ruhig kommen». Nur

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Kritische Anmerkungen zur Globalisierung
- 3 Schuldenwirtschaft und US-Dollars
- 4 Kosovo – Pulverfass auf dem Balkan
- 9 Volkssouveränität statt Behördenpropaganda
- 10 Aus den Kantonen
- 12 Arena-Sendung zur AHV

Nicht unser Bier!*Fortsetzung von Seite 1*

die «Bösen», nämlich Kriminelle, Sozialschmarotzer, illegale Einschleicher und dergleichen müssten ferngehalten werden. So konnte und kann die Wirtschaft weiterhin – neuerdings auch mittels der EU-Kolonialverträge – nach Belieben ausländische Arbeitskräfte ins Land holen. Als ob es punkto Überfremdung und Überbevölkerung darauf ankäme, ob jemand als Arbeitskraft oder als Asylant einreist! Dieses

billige Ablenkungsmanöver

der Grosskapitalisten hatte leider viel Erfolg. Bis weit in den Kreis der Schweizer Demokraten hinein glauben heute Millionen von Schweizern, nicht die Masseneinwanderung sei das Problem, sondern die im Vergleich zum Fremdarbeiterheer kleine Gruppe der Asyltouristen, Kriminellen und «Sozialmissbraucher». Das Thema «Ausländerstopp» wird mittlerweile reflexartig mit der SVP in Verbindung gebracht. Mit einer Partei also, die jahrzehntelang jeden Vorstoss der Nationalen Aktion bekämpfte und massgeblich mitschuldig ist am Problem, das sie angeblich lösen will. Das nennt man perfekte Manipulation des Volkes! Deren Wirkung wurde noch verstärkt durch den

Wandel der Linken unter dem Einfluss der «68er»

Aus einer Arbeitnehmerpartei wurde innert weniger Jahre ein abgehobener Klub von «Studierten», v.a. aus dem Schul- und Sozialbereich. So wie das Bürgertum der globalisierten Profitsucht verfallen ist, pflegen diese «neuen Linken» eine Art globalisierten Menschenrechtswahn. Sie glauben allen Ernstes, dass im Grunde jeder Erdbewohner so etwas wie ein Menschenrecht habe, sich in der Schweiz niederzulassen. Sie hätcheln Ausländer nach Kräften und ganz besonders die Asylanten, obwohl allgemein bekannt ist, dass mindestens 90 Prozent der Asylbewerber keine Flüchtlinge sind, sondern Wohlstandstouristen. Dabei sind die Grünen noch einen guten Zacken schlimmer als die SP. Sie verlangen von uns Schweizern (an sich zu Recht), dass wir uns zum Schutz der Umwelt einschränken. Aber es ist ihnen egal, dass die Masseneinwanderung alle unsere Bemühungen, z.B. zum Energiesparen, fortlaufend zunichte macht. Die selbst ernannten Schützer der Natur weigern sich, endlich einzusehen, dass die Belastung der Ökosysteme sehr wesent-

lich von der menschlichen Bevölkerungsdichte abhängt. Die geradezu sektiererische Einwanderungsbegeisterung der Linken ist mit einem ständigen Drang gepaart, alles Schweizerische schlechtzumachen. Das hat dazu geführt, dass heute für sehr viele national denkende Schweizerinnen und Schweizer

die «Linken» zum grossen Feindbild geworden

sind. Dabei hat die ausländerpolitische Geisterfahrt von SP und Grünen mit «linker» Politik im traditionell verstandenen Sinne gar nichts zu tun. Man kann nämlich durchaus links stehen (d.h. vor allem für die sozial schwächeren Schichten eintreten) und Nationalist sein. Die in unseren Kreisen nicht selten anzutreffende einseitige Ablehnung von allem, was von links kommt, ist höchst problematisch. Seit 1989 der Eiserne Vorhang fiel und die Sowjetunion zusammenbrach, hat das internationale Grosskapital freie Bahn, um seine Interessen weltweit hemmungslos durchzusetzen. Früher waren die Unternehmer lokal verankert. Und sie waren aus Furcht vor einem Erstarken des

Kommunismus bereit, den Gewinn halbwegs gerecht mit den Arbeitnehmern zu teilen. Heute haben wir es mit multinationalen Konzernen zu tun, die nur dem Profit für den Geldadel verpflichtet sind. Die Furcht vor den Sowjets ist weggefallen. Wozu also noch mit dem Arbeiter teilen? Auch in den Industrieländern des Westens werden

die sozialen Unterschiede immer grösser!

Wir Nationalisten wissen, dass ein Volk nicht stark sein kann, wenn ein paar wenige die grosse Mehrheit ihrer Mitbürger ausbeuten. Ein patriotischer Staat muss darum immer auch ein sozialer Staat sein. Nicht im Sinne sozialistischer Gleichmacherei, aber geprägt von der Solidarität der wirtschaftlich Erfolgreicheren mit jenen Miteidgenossen, die nicht auf Rosen gebettet sind. Doch wir Nationalen sind auch viel zu schwach, um sozusagen anstelle der (ohnehin kränkelnden) «Linken» den modernen Raubtier-Kapitalismus aufzuhalten. Dies aber ist dringend nötig, denn die internationale Managerekaste will nicht nur dem Sozial-, sondern auch dem National-

staat an den Kragen! Zudem gehören die meisten von uns Nationalisten den wirtschaftlich schwächeren Schichten an. Auch aus diesem Grund ist es nicht immer sinnvoll, den ohnehin schon dominanten Bürgerblock gegen die Linken zu unterstützen. Trotz allen Gegensätzen in Sachen Ausländer- und Aussenpolitik liegt eine relativ starke Linke durchaus in unserem Interesse. Ohne sie wären z.B. die Post und die SBB, aber auch Wasser- und Elektrizitätswerke längst privatisiert und hätte das Volk zu diesen wichtigen Einrichtungen der Grundversorgung nichts mehr zu sagen, sondern nur noch zu zahlen. Es ist darum nicht klug, in der Auseinandersetzung zwischen «links» und «rechts» einfach blind eine Seite zu unterstützen.

Als sinnvoller erscheint, bei jeder politischen Entscheidung zu prüfen, welche Position eher ein Vorankommen im Sinne unserer politischen Ziele ermöglicht, und dann diese zu unterstützen.

Gehen wir also unseren eigenen Weg. «Links» und «rechts» kann uns egal sein – das ist definitiv nicht unser Bier!

Die Welt ist keine Ware

Kritische Anmerkungen zur Globalisierung

Seit Jahren wird uns eingeredet, die Globalisierung nütze auch den Konsumenten, indem wir gute Qualität zu sehr tiefen Preisen erhalten würden. Im «Auto-Bild» war dazu kürzlich ein interessanter Bericht zu lesen: Das in Zusammenarbeit mit Toyota in der ehemaligen Tschechoslowakei produzierte Einstiegsmodell Citroën C1 (Peugeot 107, Toyota Aygo) sei – im Gegensatz zum Vorgänger Citroën Saxo (Peugeot 106) – sehr schlecht gegen Rost geschützt. Der Unterboden sei nur teilweise versiegelt, in den nahezu ungeschützten Schwellern laufen bis zu vier Bleche zusammen. An zerklüfteten Längsträgern und Versteifungen fehle der Unterbodenschutz. Peugeot-Citroën übergab nach eigenen Aussagen die Leitung der Produktion seinem Partner Toyota, um die Kosten in der osteuropäischen Produktion besonders tief zu halten. Von PSA stammen nur noch die Dieselmotoren und einige Zulieferteile.

Der in Paris produzierte und auch recht günstige Vorgänger Citroën Saxo ist offensichtlich nicht nur ästhetischer, sondern auch haltbarer, Rost ist fast unbekannt, selbst ein Auspuff hält über 100 000 km. Eine Starterbatterie kann für 7

Jahre und 155 000 km gut sein, welche Billigbatterie hält so lange? Ein selbst erlebtes Beispiel: Ein Autoliv-Sicherheitsgurt «Made in France» hält 12 Jahre, beim billigeren TRW-Modell fällt nach einigen Monaten der Halteclip ab, während der Gurtstoff zu fransen beginnt.

Die Globalisierung kostet offensichtlich nicht nur Arbeitsplätze

Seit einigen Monaten jagen sich Meldungen über verseuchte chinesische Spielwaren. Die «Japanisierung» Chinas, welche durch den forcierten Export von Billigware das Wirtschaftswachstum beschleunigen soll, trägt giftige Früchte. Spontan denkt man an die Minamata-Katastrophe, als der Chemie-Konzern Nippon Chisso absichtlich quecksilberhaltige Abwässer aus der Kunststoff-Produktion ins Meer einleitete und so ein Massensterben unter Fischen und Fisch-Konsumenten auslöste.

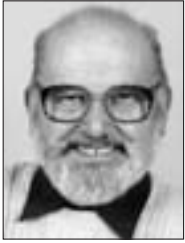
Japan und noch mehr China erzielen dank ihrer unschlagbaren preislichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Westen gigantische Handelsüberschüsse und häufen so unvorstellbare Devisenreserven an, die zu einem bedeutenden Teil in US-Staatsobligationen in-



Gegen den schrankenlosen Wettbewerb: Protest in Strassburg.

vestiert werden. So werden z.B. die Kriege im Irak und Afghanistan finanziert, während die einst stolze US-Industrie in den letzten 30 Jahren alarmierend geschrumpft ist und Millionen Amerikaner mit 5-Dollar-Jobs überleben müssen. Japans Investoren verloren mit der Yen-Aufwertung ab 1985 (Plaza-Abkommen) gigantische Summen, den Chinesen wird es nicht besser gehen, da ihre Währung gegenüber dem Dollar massiv an Wert gewinnen muss. Noch 1994 wurde der chinesische Yuan unverständlicherweise abgewertet! Neben den Giganten Japan, China- und immer mehr auch Indien-, die dank grossem wirtschaftlichen Ge-

«In a long run, we are all dead!»



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

...war einer der Kernsätze von **John Maynard Keynes** (1883–1946), dem Urheber des «deficit spending» zur Ermöglichung der Schuldenwirtschaft des Staates. Damit war er u.a. auch ein Wegbereiter des deckungslosen Papiergeldes, das sich so trefflich eignet – zur Führung von Kriegen; – zur stillen «Entreicherung» aller Bürger; – zur Konzentration der sachlichen Reichtümer dieser Erde in den Händen von wenigen; – zur Unterjochung der schwächeren Völker und zum Aufbau einer Supermacht ohne entsprechende zivilisatorische und kulturelle Leistungen. (Militärische Macht ist keine Leistung; sonst wäre auch die Mordwaffe eines jeden Gangsters Grund genug, dass sich die Angegriffenen widerstandslos ausnehmen lassen würden!)

Die Schritte ins Verderben der heutigen Weltwirtschafts-Ordnung

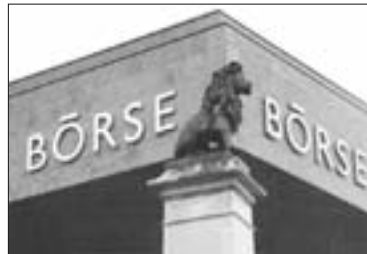
Niemand kann übersehen, dass das gegenwärtige Geldsystem in Auflösung begriffen ist.

– Die Rolle des Goldes als Wert-Aufbewahrung (Sicherungs-) Medium ist im Laufe des 20. Jahrhunderts praktisch liquidiert und durch nichts Gleichwertiges ersetzt worden. Erst wurde **1914 der Goldstandard abgeschafft**, um den 1. Weltkrieg mit Defizit-Wirtschaft und Papiergeld finanzieren zu können. Bereits diese Massnahme führte zum Ruin wichtiger Volkswirtschaften und kostete Millionen von Menschen das Leben.

– Mit der Einführung des **Gold-Devisen-Standards 1922** (Konferenz

von Genua) wurden der US-Dollar und das britische Pfund allein berechtigt, als Währungsreserven gehalten zu werden. – Wie wir heute alle wissen, verloren beide Währungen in den letzten 80 Jahren andauernd an Wert – die Konsequenzen für die Völker waren und sind entsetzlich. Der dadurch ausgelöste inflationäre Boom der 20er-Jahre und die Weltwirtschaftskrise der 30er führten direkt in den 2. Weltkrieg mit den schrecklichen Tragödien und den Millionen von Toten.

– Mit der Konferenz von **Bretton Woods 1944** kam das amerikanische Diktat, dass nur noch US-Dollars durch die ausländischen Zentralbanken in Gold konvertiert werden konnten. Man schuf also den **Gold-Dollar-Standard**. – Die Vorteile für die USA waren offensichtlich. Das neue System gestattete schmerzlose Finanzierung von Kriegen, wirtschaftliche Eroberungs-



Auch unsere Börse wird immer mehr in den Strudel der US-Immobilienkrise gezogen.

rungsfeldzüge auf der ganzen Welt und erlaubte, teure ausländische Produkte ohne Limit einzuführen – einfach deswegen, weil das Bankensystem die dafür notwendigen Dollar laufend schuf.

– Die USA missbrauchten ihre Macht zu intensiv, sodass es **1971** fast zwangsläufig zum nächsten Abbau-Schritt kam. Dieser Schritt, den Präsident Nixon vollzog, hiess: **Abkehr von der Einlösepflicht = Schliessen des Goldfensters**. – Die Abkoppelung des Dollars von Gold beseitigte sämtliche Beschränkungen für das Fed, durch Käufe von



Der einst stolze Dollar ist bald nur noch ein Franken wert!

Staatspapieren Geld zu schöpfen. Das Ergebnis war eine noch nie dagewesene Schuldenexplosion, die eines Tages von einer Kredit-Kontraktion abgelöst wird, die einen deflationären Kollaps und eine beispiellose Wirtschaftskrise auslöst.

Und genau vor diesem Ergebnis stehen wir jetzt!

Die Abwertung des Dollars = Riesenverluste für die Zentralbanken!

Der einst stolze Dollar, der mit Fr. 4,50 und mehr bezahlt werden musste, kostet zurzeit noch (kaufkraftgeschwächte) Fr. 1,02 und die Talfahrt geht munter weiter. Immer mehr Staaten beobachten diese Entwicklung mit zunehmender Nervosität. In den vergangenen Jahren haben sie Währungsreserven in US-Dollar in Rekordhöhe angehäuft. Diese betragen vor 4 Jahren schon 4,347 Billionen Dollar (lt. Angaben des IWF).

Seit Mitte der neunziger Jahre geben die USA mehr Geld aus, als sie einnehmen und den Fehlbetrag leihen sie sich im Ausland. Die USA sind also auf permanente Geldzuflüsse aus dem Ausland angewiesen. Inzwischen sind sie mit rund 4 Billionen US-Dollar die grösste Schuldner-Nation der Welt.

Trotz aller Verhinderungs-Bemühungen steigt zurzeit der Goldpreis; ein sicheres Zeichen für das verbreitete Misstrauen gegenüber dem Papier-Dollar, der mittlerweile grossteils nicht einmal mehr als «Papierchen» existiert – er ist zum virtuellen Klick mutiert!

Die US-Immobilienkrise – eine nicht vorhersehbare Katastrophe?

Vor zirka 5 Jahren kommentierte Dr. Lawrence Parks von der Foundation for the Advancement of Monetary Education (FAME – New York):

– **Auf ungedecktem Papiergeld beruhende monetäre Systeme gehen immer unter, weil Habgier und Machtgier keine Grenzen kennen. Diejenigen, die die Möglichkeit haben, Geld aus dem Nichts zu**

schöpfen und daraus Nutzen zu ziehen, übernehmen sich immer.

Und Dr. Ferdinand Lips (Autor des Buches: **Die Gold-Verschörung**, vgl. Angebot Buchdienst Seite 5) schrieb schon 2003:

– **Das Fed unternimmt verzweifelt jede Anstrengung, den US-Aktienmarkt zu stützen und die Fiktion aufrecht zu erhalten, dass alles in Ordnung ist. Tagtäglich wird interveniert. Die grösste Gefahr kommt jedoch vom Immobilienmarkt.**

– **Wenn es am Immobilienmarkt zu einem Krach kommt, dann bleibt nur noch das Gold. Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb es jeden Tag schlecht gemacht wird. Die Defizite wachsen bedenklich. Im Mai 2003 musste der Schuldenlimit des U.S. Treasury um 984 Milliarden Dollar auf 7384 Milliarden Dollar angehoben werden. Das Fed kämpft gegen den Kollaps der Schuldenstruktur mit dem Risiko, dass der Dollar zerstört wird.**

Es ist also heuchlerisch, wenn jetzt von der UBS, der CS, der NORTHERN ROCK, der Société General usw. usf. behauptet wird, die gegenwärtige Krise sei nicht voraussehbar gewesen.

Richtig ist, dass die Mächtigen der Finanzwelt und der Politik vor Gier blind sind und nach dem Slogan handeln: «Après nous le déluge»!

Aber vorher wird gehörig abgerahmt!

Das scheint die Losung der Manager-Kaste – insbesondere des Finanzbereiches – zu sein. Milliardenschwere Gehälter, Boni und Gratifikationen im 8-stelligen Dollarbereich seien marktgerecht, so wurde jede Kritik in den vergangenen Jahren gekontert. Für die Verantwortung der Milliarden-Verluste werden dann ein paar Sündenböcke bezeichnet und die Führungsscrew bedient sich ungehört weiter. So scheinen sich z.B. Abschreibungen bei der UBS von mehr als 20 Milliarden Franken mit Boni-Zahlungen an die Manager-Kaste von über 11 Milliarden perfekt zu vertragen. Die Dummen sind die Aktionäre (= Besitzer), die Bankkunden und letztlich das «gemeine Volk», dessen Sparkapitalien entwertet, ja zu Grunde gerichtet werden.

Wahrlich – wir gehen spannenden Zeiten entgegen!

wicht und riesigen Devisenreserven eigentlich in der Lage wären, sich der Diktatur des westlichen Grosskapitals zu entziehen, werden immer mehr kleine Drittweltländer zu «Billig-Standorten», wo Umwelt- und Arbeitnehmerschutz kostensparend umgangen werden können.

Diese Art von globalistischer Industrialisierung schadet letztlich der ganzen Welt und sollte durch eine

Partnerschaft zwischen «alten» Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern ersetzt werden.

Welthandel macht Sinn, der Norden braucht Südfrüchte und Kaffee, der Süden Maschinen und Ausrüstungen. Der Handelsaustausch sollte aber langfristigen Interessen der Völker dienen und der Umwelt nicht übermässig schaden.

Markus Alder, Zürich

Kosovo – Pulverfass auf dem Balkan!

Zur sogenannten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo stellen sich verschiedene Fragen. Von einem Einzug des Friedens kann in dieser Balkangegend auch jetzt nicht die Rede sein. Die Anerkennung der Republik Kosovo durch die Schweiz, resp. den Bundesrat, muss als Schnellschuss – und politisch grosser Fehler – bezeichnet werden. Die nachfolgenden Gedanken stellen nicht unbedingt die Parteilinie der Schweizer Demokraten dar. Viele Leser dieser Zeitung werden jedoch die Meinung des Verfassers teilen.

Man wusste, dass es zur Ausrufung des «unabhängigen» Kosovo kommen würde. Gewiss, die letzten Jahrzehnte verliefen im Kosovo sehr unruhig. Zu Zeiten von Josip Broz Tito genoss diese Region eine zugesicherte Autonomie. Dann kam der Zerfall von Jugoslawien. Slobodan Milosevic handelte zuletzt als Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien auch nicht immer zum Wohle aller Volksgruppen im eigenen Staatsgebiet! Die Mitglieder der UCK, d.h. die Kämpfer der sogenannten «Befreiungsarmee» für einen unabhängigen Kosovo, waren hierbei auch keine Engel! Der Rest der Geschichte ist bekannt: NATO-Kampf-Jets liessen Ende der 90er Jahre Bomben auf Ziele in Serbien fallen. Elektrizitätswerke, Brücken, Bahngleise usw. wurden zerstört – das ganze Land lahmgelegt – bis die Belgrader Regierung «einlenkte»! Die Bombardemente erfolgten nota bene – ohne Auftrag der UNO!

Internationale Abmachungen gelten plötzlich nichts mehr!

Offensichtlich ist nun plötzlich die UN-Resolution 1244 von 1999, die besagt, dass der Kosovo zu Serbien gehört, nicht einmal mehr einen Pfifferling wert. Gewisse Staaten, allen voran die USA, misch(t)en sich massiv in den innerserbischen Konflikt ein, indem sie kosovarische Politiker, wie Hashim Thaci und dessen Anhänger, richtiggehend zur Abspaltung des Kosovo von Serbien ermunterten. Dass am 17. Februar 2008, dem «Unabhängigkeitstag» in Pristina, nebst den kosovarischen (albanischen) Flaggen mit dem Doppeladler, nicht wenige US-Flaggen im Winde flatterten, ist kein Zufall. Die neue Staatsflagge des Kosovo zeigt jedoch nicht diesen Doppeladler, sondern 6 Sterne (diese sollen die unterschiedlichen Völker im Kosovo darstellen), sowie die geographischen Umriss des neuen Staates. Diese gekünstelte Staatsflagge wurde den

neuen Herren in Pristina unzweifelhaft von ausländischen «Beratern» aufgedrängt. Dass Hashim Thaci direkte Instruktionen von US-Diplomaten erhielt, ist erwiesen. US-Politiker wissen, dass sie aus nachzuvollziehenden Gründen in Serbien nichts mehr zu bestellen haben. Deshalb ist die Bush-Administration geneigt, Rest-Serbien zu zerschlagen, um zumindest einen Teil des Staatsgebietes (Kosovo!) unter ihren Einfluss zu bringen. Die Gründe hierfür sind politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur! US-Präsident Bush ist ansonsten bekannt als Terroristen-Killer. Er macht aber auch Ausnahmen! Im Kosovo ist dies zumindest so: Der heutige Regierungschef Thaci hat eine bemerkenswerte Vergangenheit. Die Wahrheit ist: Er koordinierte von Zürich aus die militärischen (terroristischen) Operationen der UCK in seiner Heimat. Herr Thaci «studierte» offiziell Geschichte an der Universität Zürich. Der deutschen Sprache wurde er aber nie mächtig! Die Schweiz beherbergt seit Jahrzehnten über 150 000 Kosovaren, d.h. eine der grössten Exilgemeinden in Europa. Wer erkennt hier die Zusammenhänge?



Mit dem Kosovo wird ein neuer muslimischer Staat in Europa installiert.

Der «Student» Thaci durfte in der Schweiz seit jeher mit der Unterstützung – offen und verdeckt – zahlreicher Freunde, von eigenen Landsleuten, wie auch von Schweizern, rechnen. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey machte nie ein Geheimnis aus ihrer Sympathie zur Unabhängigkeitsbewegung im Kosovo. Ob eine solche Haltung der schweizerischen Neutralitätspolitik Schaden zufügen könnte, war der Bundesrätin egal! Vor wenigen



Tagen brachte sie es auch fertig, dass sich der Nationalrat mehrheitlich für eine Verlängerung der Swisscoy-Präsenz im Kosovo bis zum Jahr 2011 aussprach. Die weitere Stationierung von Schweizer Soldaten im Kosovo ist eine eklatante Verletzung der Neutralitäts-Grundsätze der Schweiz!

Unser Bundesrat ist naiv und einfüchtig

Dies sind harte Worte. Diese entsprechen jedoch der Realität. Die Regierung Serbiens beurteilt die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos durch die Schweiz und anderer Staaten als «Angriff auf seine Souveränität und Integrität», wie dies die serbische Botschaft in Bern verlauten liess. Man muss wissen, dass das Kosovo-Gebiet urserbisches Land ist. In der Nähe des heutigen Pristina verteidigte im Jahr 1389 ein serbisches Heer die Heimat gegen osmanische (türkische) Angreifer und unterlag in der Schlacht auf dem Amselfeld. **Die Serben betrachten den Kosovo als ihr Rütli!** Heute leben im Kosovo, meist in Enklaven, noch über 100 000 Serben. Tausende Weitere flohen schon vor Jahren ins serbische Kernland. Raten Sie mal, welche Bevölkerungsgruppe denn im Kosovo im Verlauf der letzten Jahrhunderte infolge Geburtenüberschuss am meisten zugenommen hat: Christliche Serben oder die moslemischen Kosovaren?

Bundespräsident Pascal Couchepin verkündete die Anerkennung des Kosovo mit den Worten, dass «diese neue Etappe in der politischen Neugestaltung der Region jeder anderen Lösung vorzuziehen sei». Wichtig schien dem Bundesrat auch die «Respektierung des Minderheitenschutzes im neuen Staat». So gross scheint der Glaube des Bundesrates an das Gute im Kosovo aber nicht zu sein. Nach wie vor weigern sich die Berner Bundesbehörden, sogenannte Roma-Flüchtlinge in den Kosovo zurückzuschicken. Man will zuerst abwarten, wie sich dort die Lage entwickelt, erkläre das zuständige Bundesamt für Migration (BFM).

Ein intelligenter Bundesrat hätte (wenn denn schon für eine gewährte Anerkennung!) mit der Kosovo-Regierung eine Rücknahmezusage für «Flüchtlinge» ausgehandelt. Hat der Bundesrat nunmehr etwa eine, ethnische Minderheiten diskriminierende Regierung, kopflos unterstützt?

Und nicht genug damit: Der Bundesrat brüstete sich seit Jahren damit, das Präsidium einer Stimmrechtsgruppe beim IWF und der Weltbank inne zu halten; dies auch dank der Unterstützung von Serbien. Ob da Serbien der Schweiz auch weiterhin die Stange halten wird, ist wohl fraglich. Vermutlich wird der Bundesrat diesen aussenpolitischen «Ausrutscher» mit Millionenzahlungen, u.a. an Serbien, wieder gutmachen wollen.

Serbien hofft auf Respektierung des internationalen Rechts

Der Schweizer Völkerrechtsexperte Thomas Fleiner steht als Berater fest zur serbischen Regierung. Er rät dieser, beim UNO-Gericht Klage einzureichen. Interessant ist die Tatsache, dass Länder mit eigenen Minderheitenproblemen wie Spanien (Basken, Katalanen) oder Zypern (Problematik mit dem türkischen Nordteil der Insel) den neuen Staat Kosovo nicht anerkennen, denn deren Diplomaten wissen, welches Präjudiz eine solche Wischi-Waschi-Politik zur Folge haben wird. Schon jetzt fordern die in Bosnien-Herzegowina lebenden Serben den territorialen Anschluss ihrer Wohngebiete an Serbien. Der nächste Krieg ist demzufolge schon vorprogrammiert. Glaubt denn jemand, dass ein mausarmer Zwergstaat namens Kosovo überhaupt überlebensfähig ist? Die ausländischen «Aufbauhelfer» werden dort weiterhin Einfluss nehmen – gemäss der Devise: Wer bezahlt – der befiehlt! Die Euphorie im Kosovo bezüglich der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung wird leider bald ins Gegenteil umschlagen. Die dort stationierten UN-Soldaten und Beamten (auch Schweizer!) werden grosse Mühe mit der Mentalität und Handlungsweise der ansässigen Bevölkerung bekommen. Kriminelle Aktivitäten und Güstlingswirtschaft (die UCK lebte davon!) gewisser neuer Herren sind leider Tür und Tor geöffnet. Die ganze Entwicklung wird Unsummen von Euros und US-Dollars verschlingen. Die Unruhen und Gewaltausbrüche in diesem neuen Moslemstaat in Europa werden für Jahrzehnte bestehen bleiben, leider! *Markus Borner*

SD-Büchermarkt

Der «Schweizer Buchdienst» steht uns Schweizer Demokraten (SD) nahe. So fliessen dann auch 15% des Verkaufspreises der

Bücher direkt in die SD-Zentralkasse. **Bestellungen erfolgen unter:** sd-ds@bluewin.ch, Tel. 031 974 20 10 oder Fax 031 974 20 11.

Militär in der Krise

«Die Bilanz nach den ersten vier Jahren mit einem Chef der Armee fällt äusserst negativ aus!» So geht der Schaffhauser Journalist und Miliz-Hauptmann der Infanterie, Beni Gafner (40), im Schlusswort zu seinem Report «Armee am Abgrund» direkt auf das Keckeis-Buch ein: Darüber könne auch «die Herausgabe eines Keckeis-Buches nicht hinwegtäuschen».

Gafners Bilanz ist über weite Strecken sogar vernichtend. Denn während der Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, in der Festschrift die Armee reform seinen «grössten Erfolg» nennt, kommt Gafner zum Schluss: «Bundesrat Ogi, Bundesrat Schmid und sein Chef der Armee, Keckeis, haben mit reichlicher Unterstützung aus Verwaltung und Parlament die Schweizer Armee in wesentlichen Teilen zugrunde gerichtet.»

Kollaborationswillige

Zum Beweis dieser Aussage misst der Autor zunächst den heutigen Zustand der Armee an den offiziellen Versprechungen der Armeeführung und der Politik. In diesem ersten Teil seines «Gafner-Reports» zitiert der Autor zahlreiche konkrete Dokumente und Internet-Quellen. Und er kommt zum Schluss: Dem Volk im Inland gegenüber werde die Neutralität, die Landesverteidigung betont. Faktisch und gegenüber den «Partner-Armeen»



der Nato jedoch hätten Keckeis und sein Chef Samuel Schmid diese Prinzipien längst aufgegeben oder in ihr Gegenteil verkehrt: «Kollabora-

tionswillige» Funktionäre im Departement Schmid richteten die Armee XXI immer mehr auf die «Leitarmee der USA» aus und führten sie in die Abhängigkeit vom Europa-Kommando der US-Streitkräfte in Stuttgart.

«Swiss Desk»

Gafner enthüllt, dass im Stuttgarter US-Hauptquartier drei Offiziere an einem «Swiss Desk» für unsere Armee zuständig seien und dass der Oberkommandierende dieser US-Streitkräfte die Kompetenz habe, auch in der Schweiz Operationen durchzuführen. Mehr noch: Das US-Kommando arbeite mit vertrauten und willigen Ansprechpartnern direkt im Bundeshaus in Bern zusammen – mit dem Chef der «Partnerschaft für den Frieden» im VBS (Igor Perrig) etwa.

Konkret ist auch Gafners Interview mit dem Oberstleutnant Mike Schneider, der das Infanteriebataillon 65 kommandiert und die teils verheerenden Folgen der Armee-Reformen für die Miliz-Verbände mit erstaunlichen Beispielen aufzeigt. Für kritische Soldaten und Offiziere richtet Gafner unter «www.gafner-report.ch» jetzt eine Art Help-Line ein.

Beni Gafner: *Armee am Abgrund*, ISBN 978-3-033-01420-6, Fr. 19.–

Anzeige

Ein tolles Ansteckerherz (rot) mit Schweizerkreuz

CH-Herz (17 mm breit) gehört doch zu jedem echten Schweizer Demokraten!

In Couvert Fr. 10.– legen und senden an SD Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld (Absender nicht vergessen)

Per A-Post erhalten Sie 2 Stück! Grössere Stückzahlen möglich und zu tieferen Preisen! Tel. 052 765 12 16

Sensationeller Farbbildband: **1905 – 2005 100 Jahre automobile Fortschritte Fr. 84.–** (über den internationalen Automobilsalon Genf, absolut neuwertig)

Französischer Farbbildband: **Les Capitales du Capital Fr. 38.–**

Histoire des places financières internationales 1780 – 2005

Buchtitel	Autor	Preis
Armee am Abgrund	Beni Gafner	Fr. 19.–
Islam und Terrorismus	Prof. Mark A. Gabriel	Fr. 24.–
Tödliche Toleranz (die Muslime und unsere offene Gesellschaft)	Günther Lachman	Fr. 16.90
Pulverfass Kosovo	Gérard Schwyn	Fr. 23.20
Wege aus der Krise	Jean-Jacques Hegg u. a.	Fr. 15.–
Biopolitik	Jean-Jacques Hegg	Fr. 44.–
Das neue Europa	Roger Liebi	Fr. 8.30
Union der Narren	Axel Kappatsch (vgl. Seite 7)	Fr. 19.–
10 Thesen gegen Gross-Europa	Wolfgang Hingst	Fr. 12.–
Die Totengräber unserer Demokratie	Willy Futterkecht	Fr. 12.–
Manneken Pis (Der gefährliche Gang der Schweiz nach Europa – Edition Hans Erpf)	Bernhard Müller	Fr. 19.–
Zwischen Globalisierung und Sonderfall	M.-H. Miauton	gratis – beim Kauf eines zweiten Buchtitels
Staatliche Leistungsfähigkeit in globalisierter Gesellschaft	Daniel Brühlmeier	gratis – beim Kauf eines zweiten Buchtitels
Die Staatskasse als Beute (Ein Querschnitt durch die schweizerische Privilegienwirtschaft)	Dr. Sven Bradke	Fr. 12.–
Lexikon der Öko-Irrtümer	D. Maxeiner/M. Miersch	Fr. 33.–
Im Prinzip Sonne (Visionen zum Energiemarkt)	Th. Nordmann/Ch. Schmidt	Fr. 12.–
Zivilgesellschaft von rechts (Der «unheimliche» Aufstieg der SVP)	H. Hartmann/F. Horvath	Fr. 9.–
Heile Welt Schweiz (Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion)	Hans Hartmann	Fr. 9.–
Rechtsextremismus in der Schweiz	U. Altermatt/HP Kriesi	Fr. 35.–
Im Schatten der US-Mafia	Harry Burger	Fr. 19.–
Neun Kommentare über die Kommunistische Partei Chinas	Epoch Times	Fr. 24.–
Kritik der Menschenrechte	Alain de Benoist	Fr. 19.90
Die Frankfurter Schule (und ihre zersetzenden Auswirkungen)	Rolf Kosiek	Fr. 25.–
Der Mythos Marx und seine Macher	Konrad Löw	Fr. 26.80
Der Nationale Sozialismus (Ideologie und Bewegung 1890–1933)	Karlheinz Weissmann	Fr. 36.–
Geschichte der schweizerischen Neutralität im 2. Weltkrieg	Edgar Bonjour	Fr. 33.–
Die Interpretation der Neutralität	Jürg Späni-Schleidt	Fr. 22.–
Die Grenzen des Wachstums	Dennis Meadows	Fr. 12.–
Helvetien im Treibhaus	Martie Rebetz	Fr. 19.80
Irrweg Tierversuch	Anne Marie Droeven	Fr. 11.50
Die Gold-Verschörung	Ferdinand Lips	Fr. 29.80
Macher im Machtrausch (Manager auf gefährlichem Kurs)	Günter Ogger	Fr. 15.90
Die Affäre Kopp	Werner Furrer	Fr. 12.–
Der Prügelkabe Schweiz (Die Antwort auf die Anklage seitens jüdischer Organisationen und der US-Administration)	Heinz Zeller	Fr. 19.–
Jörg Haider – Patriot im Zwielicht?	Rolf-Josef Eibrich	Fr. 18.–
Augenschein (an aussenpolitischen Brennpunkten)	Ernst Mühlemann handsigniert	Fr. 38.– NP Fr. 58.–
Der Ogi	Urs Zurlinden	Fr. 39.90
Mein Bruder Christoph	Andreas Blocher	Fr. 14.–
Geplagt und enteignet (Die Süd- und Ostanflüge auf den Flughafen Zürich – und ihre Folgen für die Anwohner)	Urs P. Gasche	Fr. 19.50
Asylantenparadies Schweiz?	Robert Schwarz	Fr. 9.–

BESTELLTALON

Ich bestelle:

_____ (Anzahl) _____ Buchtitel
 _____ Autor

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ Ort: _____

Einsenden an: Schweizer Buchdienst, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post sd-ds@bluewin.ch / Fax 031 974 20 11 / Tel. 031 974 20 10

Von «Tonkin» bis «Hormus»!

Unsere amerikanischen «Freunde» spielen weiterhin ein übles Spiel – Ein echter Freund schweigt nicht dazu!

Die Älteren von uns erinnern sich noch an den Nürnberger Prozess nach dem Zweiten Weltkrieg. Dort wurden zu Recht die Grössen des Nazi-Regimes zur Rechenschaft gezogen. Dabei kamen allerdings auch fragwürdige Methoden zum Zuge. So etwa, wenn die «Vorbereitung zum Angriffskrieg» als todeswürdiges Verbrechen festgeschrieben und rückwirkend in Kraft gesetzt wurde. Oder wenn nur die Kriegsverbrecher der Verliererpartei vor Gericht abgeurteilt wurden. Aber immerhin ist diese Rechtsnorm international anerkannt und gilt für jedermann – so meint man zumindest als «naiver» Schweizer. Und vor allem – so möchte man meinen – müsste sich die friedensstiftende USA als Initiator dieser Rechtsnorm vorbildlich verhalten.

Leider tut sie das Gegenteil – sowohl mit ihren immer neueren, schrecklicheren Waffensystemen zur Führung von Angriffskriegen und zahllosen Interventionen auf der (fast) ganzen Welt! Die einzige Voraussetzung, dass ihre echten oder vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen durch irgendwelche Entwicklungen nicht gefördert werden.

Und damit ist es unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben und gegen die Verstösse zu protestieren.

Beweise? – Bitte, die hier im Westen bekanntesten, jüngsten Verstösse gegen die deklarierte Norm!

Gerade erst war **John F. Kennedy** ermordet worden – offensichtlich, weil der gegen die Interessen der wirklich mächtigen Kreise – dem Frieden dienen wollte. Sein Nachfolger **Lyndon B. Johnson** wurde offensichtlich weniger von ideellen Werten getrieben.

Im August 1964 verkündete Präsident Johnson, nordvietnamesische Kanonenboote hätten amerikanische Kreuzer im Golf von Tonkin angegriffen. Diese Behauptung erwies sich später als aufgelegter Schwindel; sie hatte jedoch genügt, um im amerikanischen Kongress die «**Gulf of Tonkin Resolution**» durchzupeitschen und damit die «legale» Basis für den Vietnamkrieg zu schaffen. Ein Krieg, der rund drei Millionen Vietnamesen und 58 000 US-Soldaten das Leben kostete. Die verheerenden Folgen für die Natur (Einsatz des Pestizid «Agent orange»), die vergifteten Menschen (Fehlgeburten, Missbildungen, Krebs-

krankungen) und die psychischen Leiden sowohl in der vietnamesischen Bevölkerung wie bei den amerikanischen Kriegsteilnehmern sind bis heute nicht überwunden.

Der Kriegstreiber und Lügner Johnson wurde nie zur Rechenschaft gezogen, obwohl seine Hauptschuld am Debakel in Vietnam unbestritten ist.

Der erste Golfkrieg wurde durch **G. Bush senior** auf intrigante Weise eingefädelt. Der eben erst noch gehätschelte und zum Krieg gegen den Iran aufgerüstete Saddam Hussein entwickelte langsam ein Flair für die wirklichen Interessen seines Volkes und drohte damit als US-Marionette zu entgleiten. Also wurde mit Kuwait eine Falle organisiert und Hilfe hemmungloser Verleumdungen die Kriegsbereitschaft des eigenen Volkes und der Verbündeten aufgebaut. Man erinnere sich an das Hollywood-Spektakel der angeblichen Baby-Morde in kuwaitischen Spitälern.

Dieser Krieg kostete mehreren Hunderttausend irakischer Soldaten das Leben, versuchte – wegen der von den USA eingesetzten Uran-Munition – grosse Gebiete des Süd-Irak, amerikanische und alliierte Truppen und hinterliess eine gesundheitlich angeschlagene Bevölkerung im Süd-Irak. Die



Amerika, höre auf die Signale...

anschliessende Blockade-Politik stürzte ein hoch entwickeltes Kulturvolk ins Elend.

Der Kriegstreiber und Intrigant G. Bush sen. sonnt sich noch heute als «elder statesman» und wird nicht zur Rechenschaft gezogen.

Mit dem Super Gag des 9/11 – dem Angriff auf die Zwillingstürme des World-Trade Center mit Verkehrsmaschinen konditionierte **George W. Bush** sein Volk für den längst vorbereiteten Afghanistan-Krieg und den so sehr erhofften Flächenbrand im Nahen Orient.

Die Lügen zur Begründung des 2. Golfkrieges sind unvergessen und brauchen hier nicht wiederholt zu werden.

Zum 9/11-Ereignis, das zur sofortigen Proklamation des «war on terror» führte, scheinen mir noch einige Hinweise nötig zu sein. Mehrere fundierte Fachpublikationen beweisen, dass die Zwillingstürme und ein weiteres Gebäude «fachgerecht» gesprengt und keineswegs wegen der Flugzeug-Attacken pulverisiert wurden.

Im November 2007 erklärte Francesco Cossiga, der italienische Senatspräsident und früherer Ministerpräsident wörtlich (Zitat):

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Anschläge vom 11. September 2001 «mit Unterstützung von CIA und Mossad geplant und durchgeführt wurden, um Interventionen in Afghanistan und im Irak möglich zu machen».

In jüngster Zeit organisiert der Kriegstreiber und Heuchler G.W. Bush immer neue, brandgefährliche Aktionen, um Syrien und Iran in einen offenen Krieg zu ziehen. Man denke an den Überfall auf den Libanon durch die israelische (amerikanisch aufgerüstete und gestützte) Armee, die Provokationen gegen Syrien (Fliegerangriffe gegen syrische Industrieanlagen) und die steten verbalen Angriffe gegen den Iran wegen seines angeblichen Atomforschungs-Programms. Der jüngste Versuch, die Lunte anzuzünden sei hier wörtlich wiedergegeben:

Nach Berichten des Pentagons kam es in den frühen Morgenstunden des 6. Januar dieses Jahres zu einer Konfrontation zwischen fünf Schnellbooten der Revolutionären Garden des Iran und drei Kriegsschiffen der US-Marine in der Strasse von Hormus.

Analysen der vorliegenden Meldungen durch Fachleute ergaben, dass sich dieser Zwischenfall zu einem Feuergefecht hätte entwickeln können – einen Zwischenfall genau jener Art, wie ihn die Kriegspartei in Washington braucht, um ihre Pläne für einen präventiven Krieg gegen den Iran umzusetzen, bevor Bush und Cheney das Weisse Haus verlassen.



Noch während Bush seine Tiraden losliess, musste das Oberkommando der 5. Flotte in Bahrain am 12. Januar offiziell zugeben, dass Meldungen über diesen Zwischenfall nicht stimmen dürften.

Ein Bericht in der «Navy Times» vom 11. Januar zitierte eine Sprecherin der 5. US-Flotte:

«...man wisse nicht woher die Stimmen gekommen seien; sie seien wohl eher vom Land her ausgestrahlt worden als von den iranischen Schnellbooten.

In einem Kommentar zu dem Vorfall meinte ein Fachmann, dass falls ein solcher Vorfall überhaupt stattgefunden habe, es die Arbeit einer Spezialeinheit gewesen sein könnte, die damit versucht hätte, einen Zwischenfall zu provozieren. Dies im Sinne «Terroranschläge, die wir politisch brauchen, um unsere Forderungen durchzusetzen, inszenieren wir mangels Terroristen selber.»

Als Freund des amerikanischen Volkes wünsche ich mir, dass es die politische Entwicklung erlauben werde, die noch lebenden Kriegshetzer – dazu gehören neben den oben erwähnten Herren auch Leute wie Cheney, Rumsfeld, Kissinger u.a. nach den Nürnberger Rechtsnormen zur Rechenschaft zu ziehen.

Inzwischen bleibt uns nur zu beten und zu hoffen, dass die innenpolitische (Finanz-)Krise in den USA nicht zum Ablenkungsmanöver einer aussenpolitischen Eskapade (lies: Krieg) führen möge.

Hans Spitz, Köniz

Aus nationaler Sicht:

USA – Ein zweifelhaftes Vorbild



Bernhard Hess,
e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geben die USA in Europa den Ton an. Und seit dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums versuchen die Amerikaner die ganze Welt unter ihre Knute zu bringen. Selbstverständlich nennen sie dabei das Kind nicht beim Namen. So soll es um «Freiheit» und «Demokratie» gehen – zum Wohl aller selbstverständlich. Ein Schelm, wer dahinter Böses vermutet! Und so folgen wir denn alle schön brav und folgsam dem amerikanischen Vorbild. Wir leben den «American way of live», konsumieren Hamburger und Coca-Cola und wundern uns, dass unser Volk immer träger und fettleibiger wird. Wir hören amerikanische Musik, schauen amerikanische Filme und lassen uns von Immigrant*innen aus aller Welt überschwemmen. Nur dass Amerika gross ist und viel Platz hat, während es in der kleinen Schweiz immer enger wird, vergessen wir. Wir wundern uns, dass unsere Gesellschaft immer gewalttätiger wird. Vorbild sind die entsprechenden amerikanischen Filme. Dazu kommen die grossen Spannungen zwischen Schwarz und Weiss, die seit Langem schwellen und ab und zu in Rassenkrawalle ausarten. Erinnern wir uns an die Rassen-Unruhen in Los Angeles Anfang der 90er-Jahre. Ein Teil unserer Jugend hört Rap-Musik und lebt nach dem Vorbild der amerikanischen Hip-Hop-Kultur: Die Wände werden versprayed, in der amerikanischen Wirklichkeit markieren damit Gangs ihre Territorien. Und keiner stört sich daran, dass diese «Kultur» nur so trieft vor Gewalt und Sexismus. Im Gegenteil: Diese Jugendbanden, wel-

che meistens aus armen und total heruntergekommenen Gegenden aus der Latino- oder der afroamerikanischen Bevölkerung stammen, dienen unserer verwöhnten Wohlstandsjugend gar als Idole. Haben wir wirklich keine besseren Vorbilder?

Das Recht des Stärkeren

Was zuhause im Kleinen auf Amerikas Strassen abgeht, das mutet das US-Militär all denen in der Welt zu, welche nicht auf den Befehl Washingtons oder, im Fall der Wirtschaft, New Yorks hören wol-



Die USA gehen als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervor.

len. Irak ist nur das jüngste Beispiel, Iran könnte wohl das nächste Ziel werden. Vorbild sind die amerikanischen Western-Filme, wo jeweils derjenige Recht hat (oder bekommt), welcher am meisten Gegner über den Haufen schießt. Wahrlich überzeugende Argumente! Und wo die amerikanischen GI's den Weg frei geschossen haben, da folgen die amerikanischen Konzerne. Die Unternehmen, die etwas abwerfen, werden übernommen. Es gilt das Recht des Stärkeren. Und so finden sich überall dort, wo es etwas zu holen gibt, die international tätigen amerikanischen Firmen, allen voran natürlich die Erdöl-Konzerne. Damit die Weltmeinung nicht kippt, sorgen die amerikanischen Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne. Diese liefern den Fernseh-Machern aller Welt die passenden Bilder, welche dem Weltbürger «ganz unvoreingenommen» zeigen, wer der «Gute» und wer der «Böse» ist. Es versteht sich von selbst, dass alle Freunde und Vasallen der Amerikaner die «Guten» sind und umgekehrt.

Und für all das gibt es natürlich auch einen modernen und trendigen Begriff: **Globalisierung**. Wir wissen es unterdessen besser: Gemeint ist **Amerikanisierung**.

Unkontrollierbare Jugendgewalt – Wie soll es weitergehen?

Das Ausmass der Jugendgewalt und die zunehmende Brutalität sind beängstigend. Die Täter werden immer jünger und der Anteil der Ausländer ist gross. Jahrelang wurde die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen ignoriert und verharmlost. Die warnenden Stimmen der Opposition wurden ignoriert, aber jetzt sind sich alle Parteien einig: Die Jugendgewalt ist ein enormes Problem.

Jetzt werden Ursachen und Gründe dieser unheilvollen Entwicklung kolportiert: Die hohe Arbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit, die mangelhafte Integration, der extreme Spardruck, die fehlenden Eltern, die Disziplinlosigkeit an den Schulen, die Langweile, die Gewalt in den Medien.

Die Hauptursache für diese fatale Entwicklung aber wird nicht erwägt: Jugendgewalt als Folge der linksliberalen Ideologie der Frankfurter Schule. Die «Kritische Theorie» der Frankfurter Schule ist die Lehre des emanzipierten Menschen, dem alles erlaubt ist und der sich selber als Mass aller Dinge sieht. Diese Philosophie führte 1968 zu Studentendemonstrationen in der westlichen Welt, in den USA, Deutschland, Österreich und auch der Schweiz. Die Studenten demonstrierten für eine Kulturrevolution und ihre Forderungen waren radikal: Umgestal-

tung der bestehenden Gesellschaft, Freiheit auf allen Ebenen, Zerschlagung des herrschenden Bildungswesens, Auflösung der Familie, Emanzipation und Selbstverwirklichung der Frau, sexuelle Freiheit und Abbau aller Autoritäten, insbesondere die antiautoritäre Erziehung der Kinder. Das Credo der 68er war «zu verbieten ist verboten». Der «Marsch durch die Institutionen» brachte die 68er an die Hebel der Macht, Schulen und Universitäten, Justiz, Politik sogar auch in Kirchen. So konnten sie ihren Kampf gegen das Bestehende einleiten und durchsetzen. Die Umgestaltung der Gesellschaft, die noch immer stattfindet.

Die Resultate dieser Ideologie sehen und fühlen wir heute, 40 Jahre später, jeden Tag. Eine Jugend, gelangweilt, disziplinlos, gewalttätig, ohne Erziehung, ohne Moral, ohne Perspektive, aber mit Zukunftsängsten. So kann es nicht weiter gehen.

Wir sind verpflichtet, den Kindern und Enkeln der 68er zu helfen, damit sie ihr Leben eigenständig und verantwortungsbewusst meistern und arbeitsame Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.

Die nötigen Massnahmen liegen auf der Hand.

Olena Geissbühler,
Alt-Stadträtin, Sigriswil

Buchbesprechung

Union der Narren

Närrisch: Die EU will angeblich die Demokratie fördern, weigert sich aber, das Nein der Franzosen und Holländer zum EU-Verfassungsentwurf zu akzeptieren. Es soll so lange abgestimmt werden, bis das Ergebnis «passt». **Närrisch:** Deutschland ist stärker verschuldet, als es die EU-Stabilitätsregeln erlauben. Brüssel wäre deshalb berechtigt, ein Bussgeld in Milliardenhöhe gegen die Bundesrepublik zu verhängen. Ergebnis: eine noch stärkere Verschuldung. **Närrisch:** Die EU subventioniert den Tabakanbau. Zugleich betreibt sie eine kostspielige Anti-Raucher-Kampagne. **Närrisch:** Um der EU beitreten zu können, soll die Türkei ihren Bürgern mehr Meinungsfreiheit gewähren. Zugleich wird in der EU mit Gefängnis bestraft, wer Unerwünschtes zu Politik und Zeitgeschichte sagt. Nur einige Beispiele des tagtäg-



lichen Wahns in der «Union der Narren». Der Autor, durch Arbeit in Projekte der Europäischen Gemeinschaft mit der Materie bestens vertraut, setzt in seinem Buch zum Rundumschlag gegen die Zumutungen der EU-Superebürokratie an. Faktenreich und flott geschrieben.

Dr. Axel Kappatsch: «Union der Narren», 160 Seiten, Broschur, zahlreiche Abbildungen, Fr. 19.– (vgl. SD-Büchermarkt Seite 5)



Vorbilder – Marke USA!



SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.

Normalerweise wird im Kleininserat
für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrag-
gebers/in abgedruckt. Aber andere

Kontaktmöglichkeiten sind auch
möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil.

In diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte

Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel
Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch
(Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf [www.schweizer-demokra-
ten.ch](http://www.schweizer-demokra-
ten.ch))

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Bio-Knospen Olivenöl und
Schweizer Essig von Waldkirch
SG, Region Ostschweiz.
Telefon 071 244 72 76,
thomas-fischer@bluewin.ch

**Puppenhaus mit 10 Zimmern und
Terrasse, sowie Bahnhofstation.**
165 cm hoch, 105 cm breit und
70 cm tief. Von vier Seiten geöffnet
um damit zu spielen. Preis nach
Vereinbarung. Region Basel.
Telefon 079 310 27 47 oder
061 271 33 59

Heraldiker-Utensilien (Wappenma-
ler): Wappensammlungen, Wappen-
bücher, Rahmen, Blei, Glas, Glas-
schleifer, Farben, Brennofen usw.
Telefon 052 657 35 67

**Geschwisterwagen mit Bébé-
Tragtasche** (Kinderwagen für
2 Kinder), blau-carré, neuwertig.
Neupreis Fr. 488.–; jetzt Fr. 200.–.
Telefon 061 692 83 34

GC-Fans aufgepasst: 
Wunderschöne GC-Fahne
100 x 100 cm, Fr. 20.–.
Bestellung: **SD, Postfach 8116,**
3001 Bern, sd-ds@bluewin.ch

**Renntad, rot, wie neu, nicht das
letzte Modell, Fr. 90.–, daselbst ein
Tourenvelo, alles in sehr gutem
Zustand. Region Innerschweiz.**
Telefon 041 397 01 88

3 Paar **Ski** Marke Rossignol, 3 Paar
Skischuhe Grösse 41–43 Salome,
wenig gebraucht inkl. **Stöcke**.
Alles zusammen nur Fr. 150.–
Telefon 041 397 01 88

2 Kinder-Velos für 2 + 5-Jährige
für Fr. 15.– und Fr. 25.– gut
erhalten. **2 Pferdesättel** (1 Sport,
1 Western) plus sämtlichem
Geschirr, alles zusammen nur
Fr. 900.– in gutem Zustand.
Telefon 041 397 01 88

Hörgerätebatterien, Typ power
one, Zink-Luft, 6-er Päckli, beste
Qualität, alle Grössen lieferbar,
Fr. 12.– pro Päckli, portofrei,
Tel. 061 262 03 04 oder E-Mail:
bieler@hoerhilfeborner.ch

STELLENSUCHE:

Küchenchef/Alleinkoch (42 J/CH)
in ungekündigter Stellung sucht
neue Aufgabe. Speditiv, zuverlässig,
kostenbewusst, Liebe zum
Detail; dies alles ist mir wichtig!
Kt. Zürich/Umgebung.
Telefon 043 536 75 26

Als rückkehrender Ausland-
Schweizer suche ich in Amriswil
und Umgebung oder Ostschweiz
Arbeit. Letzte Tätigkeit in Berlin
als **Diversionspädagoge und
Schulstationsleiter** an einer
Realschule (Sek). Erfahrungen:
Schulpsychologischer Umgang mit

Jugendlichen. Organisation von
Veranstaltungen.
Ehemals auch Verkauf von Unter-
haltungselektronik und Nutzfahr-
zeugen.

Offen für neue Tätigkeiten.
Telefon 071 411 00 50 oder
077 439 23 54
zimmspeed@bluewin.ch

Ich suche im **kaufm. Bereich**
eine Stelle mit einem 50–80%
Pensum, da ich die HFW (Höhere
Fachschule für Wirtschaft)
besuche. Raum AG/BS/BL.
Telefon 062 871 31 25,
domis@gmx.ch

GESUCHT:

Geige für Musikschule, möglichst
günstig.
Telefon 041 397 01 88

Schwyzerörgeli für meine 16-jähri-
ge Tochter. Möglichst günstig.
Telefon 062 721 19 91 oder
silvia.bron@bluewin.ch


Leiterwägeli, egal welcher
Zustand. Region Basel.
Telefon 079 756 97 68

Anzeige

ART SAVOUR VARGA
Irene Varga aus Berg SG stellt aus:
17.03.-16.05.2008 Kantonsspital SG
Empfangshalle Haus 03
17.04.-20.04.2008 Art & Style
St. Gallen, Olmahalle 3.1
www.artoffer.com/Art-Savour-Varga




Veranstungshinweise der SD-Sektionen


 **Bezirke Baden / Brugg / Zurzach:**
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr im Restaurant Winkelried,
Wettingen

Aargau West:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Rössli, Eiken

 **Sektion Reinach und Umgebung:**
Jeden 1. Montag im Monat
um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»

 **Kantonalpartei Basel-Stadt:**
Jeden 1. Montag im Monat Stamm
ab 19.30 Uhr im Rest. Münchnerhof,
Riehenring 75, in der Nähe der
Tramhaltestelle Messeplatz


 **Stadt Bern:**
Jeden letzten Dienstag im Monat
ab 20 Uhr im Restaurant Bären,
Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:
Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant
Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr
im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/BeO:
Jeden letzten Donnerstag im Monat
ab 19.30 Uhr im Restaurant Neufeld, Buchholz-
strasse 29, 3604 Thun

 **Innerschweiz:**
Jeden 1. Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Hotel Spatz,
Obergrundstrasse 103, Luzern

 **Sektion St. Gallen:**
Mittwoch, 26. März und 30. April:
Stamm ab 19.30 Uhr im Restaurant
Hirschen, an der Rorschacherstr. 109,
St. Gallen (St. Fiden)

 **Sektion Hinwil:**
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20
Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhof-
platz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

www.schweizer-demokraten.ch

SD 

Schweizer Demokraten
Anlässe melden an: sd-ds@bluewin.ch

Anzeige


Reparatur und Service
Reto Böhmann
Könizstrasse 13 - 3008 Bern
Tel. 031 381 00 33 Mobile 077 435 70 49
www.Re-Velo-Tion.ch

+ Buchhaltungen
+ Steuererklärungen
+ Lohnabrechnungen
+ Schuldenberatung
+ Erbsachen

**Soforthilfe, Beratung und Be-
treuung, ganze CH bei**

Auf der Maur Friedrich
Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52

Ja zur Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»

Der Präsident des Vereins Bürger für Bürger, Dr. Markus Erb, Zürich, gab für den «Schweizer Demokrat» exklusiv folgendes Interview:

Frage: Herr Erb, weshalb wurde die Volksinitiative für eine freie Meinung lanciert?

Antwort: Die Initiative wurde notwendig, weil der Bundesrat in den letzten Jahren die Meinungsführung der Schweiz immer mehr an sich gerissen hat. Dazu griff er immer deutlicher in den Abstimmungskampf ein und versuchte immer gezielter die freie Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu beeinflussen.

Können Sie uns dafür ein Beispiel nennen?

Ich gebe Ihnen gerne Beispiele überbordender Propagandatätigkeit. Z.B.:

– das Gentechnormatorium, wo das Bundesamt für Gesundheit zur Bekämpfung der Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» ein externes PR-Büro engagierte,

– das Elektrizitätsmarktgesetz, wo sich der Bundesrat mit den Reichsten im Lande zur Abstimmungsallianz zusammenschloss,

– das Arbeitsgesetz, wo SBB Lokomotiven mit Werbeplakaten in der ganzen Schweiz herumgeführt sind,

– die neue Bundesverfassung, wo der Bundesrat behauptete, es handle sich lediglich um eine Nachführung, die sich dann als Totalrevision entpuppte.

– die Schengen-Dublin-Abstimmung mit ihrem Strategiepapier von Bund und Wirtschaft, etc.

Aber irgendjemand muss doch den Staat führen?

Richtig. Das haben wir in unserer Bundesverfassung geregelt. Dort heisst es: «Die Bundesversammlung übt unter Vorbehalt der Rechte von Volk und Ständen die oberste Gewalt im Bund aus.» Vom Bundesrat oder der Verwaltung steht da nichts. Ein Bundesrat hat nur sein Departement zu führen, nicht das Volk.

Der Bundesrat ist auch nicht gewählt worden, um Abstimmungen gegen das Volk zu gewinnen. Er ist dazu da, den Volkswillen umzusetzen.

Sie meinen, der Bundesrat ist mehr an die Öffentlichkeit, als Regierungen anderer Länder.

Genau. Jedenfalls wird in internen Papieren des Bundesrates von den «Gegnern» gesprochen. Dabei müsste der Bundesrat doch für die ganze Bevölkerung da sein.

Die freie Willensbildung wird bereits in Art. 34 der Bundesverfassung geregelt. Geht die Initiative da nicht etwas zu weit?

Die Initiative fordert das, was in

der Bundesverfassung steht. Die Regelung der Initiative ist detaillierter, weil dies – wie wir gesehen haben – notwendig geworden ist. Ich glaube aber nicht, dass jemand sagen will, unsere Verfassung gehe zu weit.

Die Menschen, die sich für die Initiative und ihre freie Meinung einsetzen, legen ganz einfach Wert auf die Gewaltenteilung, wie sie in der Bundesverfassung garantiert ist und wir es schon in der Schule gelernt haben. Es kann nicht sein, dass sich diese Gewalten vermischen und sich ihre Aufgaben nach eigenem Gutdünken auslegen.



Keine Zustände wie in den USA: Die Initiative soll die überbordende Propaganda der Exekutive verhindern.

Sehen Sie auch Vorteile für den Bundesrat?

Ja, durchaus. Bundesräte müssten sich nicht mehr in den Abstimmungskampf ihrer Parteien einbinden lassen. Damit wären sie selber weniger manipulierbar. Sie würden sich Teile der Bevölkerung nicht mehr zum Gegner machen und es würde wieder etwas mehr magistrale Würde geben.

Trauen Sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, zu erkennen, wo Manipulation im Spiel ist?

Machen wir uns nichts vor. Die Methoden werden immer raffinierter. Es geht ganz genau genommen auch nicht darum, ob Stimmberechtigte das erkennen. Es geht darum, dass die Exekutive – wohlverstanden im Abstimmungskampf und nicht vorher, beispielsweise während der Beratung im Parlament oder während der Vernehmlassung – versucht, die Stimmberechtigten zu beeinflussen. Diese Einflussnahme im Abstimmungskampf ist unethisch.

Der Bundesrat tritt aber kaum mehr an die Öffentlichkeit, als Regierungen anderer Länder.

Wir sollten die Schweiz nicht mit indirekten Demokratien vergleichen. Die Schweiz kennt kein polarisierendes System wie z.B. Frankreich oder Deutschland. Wir haben uns dafür entschieden, uns selber zu Sachfragen zu äussern. Und ich glaube, wir sind damit bisher gut gefahren. Wenn wir dieses politi-

sche System ändern wollen, dann sollten wir offen darüber reden.

Was wird die Initiative bewirken, wenn sie angenommen wird?

Die Initiative wird uns zu allererst einmal vor dem Gegenvorschlag des Parlaments bewahren. Dieser würde Tür und Tor öffnen, um noch mehr Steuergelder für Abstimmungskämpfe und Propaganda auszugeben. Immerhin sind das heute schon jährlich über 140 Millionen Franken. Und das hoch offiziell! Die Initiative wird die überbordende Propaganda der Exekutive verhindern. Sie wird uns vor einer ständigen Berieselung bewahren.

Um es klar zu sagen: Die Initiative wird dafür sorgen, dass uns unser Recht auf Initiative und Referendum und die freie Abstimmung erhalten bleibt.



Was will die Initiative

«Volkssouveränität statt Behördenpropaganda?»

Die Initiative wurde 2004 mit 106 344 gültigen Stimmen eingereicht. Sie fordert von Bundesrat und Bundesverwaltung eine Rückbesinnung auf rechtsstaatliche Grundsätze mit mehr Zurückhaltung im Abstimmungskampf.

Bis Mitte der 1990er-Jahre waren die politischen Aufgaben relativ klar verteilt: Bundesräte und Verwaltung lieferten Parlamentariern und Politikern die für ihre Beratungen nötigen Informationen; Parteien und Medien waren dann für die Meinungsbildung der Stimmberechtigten verantwortlich. In jüngster Zeit hat sich das geändert. Der Bundesrat nimmt im Vorfeld wichtiger Abstimmungen immer stärker Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess der Stimmberechtigten. So beispielsweise bei der neuen Bundesverfassung, der Teilrevision des Militärgesetzes, des Elektrizitätsmarktgesetzes oder des Arbeitsgesetzes. Gewinner und Verlierer dieses «Engagements» sind in allen politischen Lagern zu finden. Der Bundesrat droht damit zur Partei zu werden. Das hat zur Folge, dass Exekutive und Verwaltung einen Teil der Stimmberechtigten als «Gegner» betrachten und darüber entscheiden, welches Abstimmungsergebnis erreicht werden soll.

Die am 1. Juni 2008 zur Abstimmung gelangende Initiative «Volkssouveränität statt Behör-

denpropaganda» wird eine rechtzeitige, vollständige und faire Information der Stimmbürger sicherstellen. In den eigentlichen Abstimmungskampf sollen sich der Bundesrat und die Angehörigen des obersten Kadern der Verwaltung nicht mehr einmischen. Die Initiative wird sicherstellen, dass zukünftig keine Bundesgelder mehr für Abstimmungspropaganda und Abstimmungskämpfe ausgegeben werden. Das vor Volksabstimmungen veröffentlichte Bundesbüchlein bleibt erhalten.

Der geplante Gegenvorschlag des Parlaments zielt genau in die andere Richtung. Damit würden Übergriffe in die Gewaltenteilung festgeschrieben und die Verletzung der freien Meinung weiter verschärft. Die Schweiz würde sich in Richtung einer gelenkten Demokratie bewegen.

BÜRGER
für Bürger

Die freie Meinung darf in der Schweiz nicht beschnitten werden. Die Initianten fordern daher eine offene, faire und ehrliche Information aller Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Verein Bürger für Bürger,
Präsident Dr. Markus Erb

**Kanton Basel-Stadt****Unerfreuliche Zustände – überall!**

Je 9½ Jahre für zwei Angeklagte und 8 Jahre Zuchthaus für den dritten Angeklagten lautete das Urteil des Basler Strafgerichts am 7. März gegen drei Nigerianer wegen Drogenhandels. Von dieser Freiheitsstrafe werden die Verurteilten wohl den kleinsten Teil absitzen – leider!

thb. Die drei Herren hatten jahrelang im «Nebenverdienst» ein paar Hundert Kilogramm Kokain auf der berühmten Drogenroute Amsterdam – Freiburg i.Br. – Basel mit Hilfe einer deutschen Drogenkurierin (die nun in Deutschland drei Jahre absitzt), in die Schweiz geschleust. Als Zusatzstrafe wurde verfügt: Einzug des Gewinnes in fünfstelliger, plus Urteilsgebühr in vierstelliger Höhe.

Was dem Beobachter auffallen musste

Der gerichtliche «Apparat», der gegen die drei Delinquenten während zehn Gerichtstagen aufgezogen werden musste, war mit zehn anwesenden Richtern/Beisitzern, drei Verteidigern, sowie drei polizeilichen Bewachern und Gerichtsschreiber plus Übersetzer sehr beachtlich. Dies wird den Steuerzahler unverhältnismässig viel kosten! Die Angeklagten wohnten in Basel, waren dort unter anderem «tätig», einer war mit einer Schweizerin verheiratet und konnte über Jahre im «Nebenverdienst» lukrative Ge-

schäfte mit Drogen ausführen. Das Resultat solcher Tätigkeiten ist heute leider auf den Strassen festzustellen. Unverhältnismässig viele kaputt gespritzte und kaputt geschmupfte junge Schweizer/innen im arbeitsfähigen Alter hauen nicht selten als Bettler Passanten um Geld an (wenn nicht gar Schlimmeres!), weil sie für eine normale Arbeit zu invalid geworden sind.

Die Schweiz ist ein schönes Land

Es fiel uns auch auf, mit welcher Freundlichkeit, Vorsicht und welchem Anstand die anfangs erwähnten asylmissbrauchenden Delinquenten vom Gericht behandelt worden sind. Unerwünschte, parasitäre Eindringlinge in die Schweiz müssen ihre Bewohner seit manchem Jahr akzeptieren. Allgemein werden sie mit ihren Raubüberfällen, Morden, Einbrüchen, Drogen delikten und anderem mehr – immer verwegener. Die Schweiz «bewirtet» eine umfangreiche Anzahl solcher unintegrierbarer Zudringlinge, die sich auf Kosten unseres schönen Landes schamlos und kriminell bereichern!

Die anstehenden Schwierigkeiten müssen gelöst werden!

Ist es Unwissen, Unvermögen, Unwillen oder gar Absicht, dass gewisse Gefahren in andern Kontinenten genährt und getragen werden? Solches scheint unsere Regierungsverantwortlichen derart zu überfordern und zu lähmen, dass sie nicht mehr die nötigen Massnahmen dagegen zu ergreifen wagen («Denk' ich an Calmy-Rey in der Nacht, so werd' ich um den Schlaf gebracht!»).

Die tückische Intrige gegen BR Blocher zeigt doch auf, dass diese Regierung durchaus noch allerhand Energie zu einigen negativen (und positiven) Massnahmen hätte! Warum versagt diese so oft vor politischen, militärischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben! Ihre Aktivitäten scheinen lange schon geradezu fragwürdige Absichten und systematische Methoden aufzuweisen. Hat beispielsweise neben vielen andern unheilvollen Gremien das WEF von Davos eine negative Wirkung auf Bundesbern?

Erfreuliche oder düstere Zukunftsaussichten?

Wir sind gespannt, wie die Regierung in Bezug auf die kommenden



Die Behörden werden immer passiver.

Abstimmungen – betreffend Minarett-Bau und Ausweisung krimineller Ausländer – zu handeln gedenkt? Mit über 200 000 Initiativ-Unterschriften hat das Schweizervolk, was die Ausweisung dieser kriminellen Ausländer betrifft, Regierung und Parlament, sowie

auch dem Bundesgericht, einen deutlichen Denktettel, einen massiven Ausdruck seines Willens, seines Zorns, kurz – den Tarif durchzugeben!

Welche völkerrechtlichen oder «mensenrechtlichen» Einwände und Winkelzüge haben die «Firmen» des unsäglichen Georges Kreis und anderer Gutmenschen dagegen wohl bereit? Wir sind sehr besorgt und nicht nur wir; unser ganzes Volk ist es!

«Videant consules!» (Die Regierung soll in unserem Sinne handeln!) Verstehen denn die Regierungsmitglieder soviel Latein?

Kanton fördert Ausrottung des Baseldytsch!

In den Kindergärten von Basel-Stadt soll ab 2009 nur noch Hochdeutsch gesprochen werden. So will es Erziehungsdirektor Christoph Eymann und seine Gehilfen im zuständigen Departement. Eymann will mit dieser Massnahme Parallelgesellschaften (von Ausländern) verhindern. Haben wir die denn nicht schon? Schweizer Demokraten sagen Nein zu solchen Massnahmen, denn dies schadet unseren Kindern!



Gemeinsam Neues entdecken!

denn auch ohne Scham, dass die einheimischen Kinder im Kindergarten gar nicht Hochdeutsch sprechen müssten; **es sei kein Zwang vorhanden**. Genau genommen ist es aber so, dass die Kindergärtnerinnen Hochdeutsch sprechen müssten und folgedessen die hochdeutsche Sprache zur Leitsprache würde!

Falsche Argumente helfen dem Erziehungsdirektor nicht weiter

Das Argument, dass Kindergärtler, die Hochdeutsch sprechen, später eine bessere Lesefähigkeit besitzen würden, ist falsch. Laut der Pisa-Studie liegen deutsche Kinder gemäss dieser internationalen Skala beim Lesen gar hinter den Schweizer Gspännli!

Es darf auch die Frage gestellt werden, wo denn die ausländischen «Binggis» im Kindergartenalter Mundart lernen sollen, wenn nicht im Kindergarten? Zuhause sprechen diese türkisch, kroatisch, englisch... oder vielleicht noch Hochdeutsch – bei deutschen Eltern. Auf den Spielplätzen sieht die



Kriminelle gehören eingesperrt!

Lage nicht besser aus: Die Meisten sind Fremdsprachige! Die Überfremder haben da ganze Arbeit geleistet! (meist Schweizer mit grossem Portemonnaie und ohne Herz für die Schweiz!). Diese haben übrigens nicht nur in Kindergärten unheilvollen Schaden angerichtet!

Baseldytch stellt einen wichtigen Grundpfeiler unserer Eigenart und Kultur dar. Unsere Sprache ist, wir wissen es wohl – in dauernder Veränderung. Der Druck durch fremde Sprachen und Einflüsse – vorab durch Anglizismen – ist stark. Unsere Sprache wird auch ohne Eymann'sche Pläne schon permanent bedroht. Die Sprachveränderung geschieht meist nicht schlagartig, sondern langsam, aber kontinuierlich und mit bleibenden «Resultaten».

Aujourd'hui, les Alsaciens chantent – en français

Was geschah z.B. mit dem Elsässerdeutsch? Dieses wurde (die Elsässer können nichts dafür) von der Pariser Zentralverwaltung in den Grundschulen verboten: Französisch war angesagt! Araber, Afrikaner und Franzosen aus andern

Departementen press(t)en sodann das Elsässische an den Rand (in die Bedeutungslosigkeit!). Dass in den Departementen Bas-Rhin und Haut-Rhin heutzutage elsässische Volkloregruppen einen regen Zulauf verspüren, hilft der Beibehaltung der elsässischen Sprache und Kultur auch nur wenig. Eine lebendige Sprache muss in Alltag, Schule und Beruf, in Radio und Fernsehen, täglich gesprochen und gelebt werden!

Niggi Schoellkopf, ein bekannter Kleinbasler bürgerlicher alt-Grossrat erklärte zu diesem Thema: «Gäbe es einen Goldpokal für die Dummheit des Jahres, so würde das Erziehungsdepartement Basel-Stadt eindeutig den Preis abholen.»

Erfreulicherweise ist bekannt geworden, dass ein überparteiliches Komitee eine kantonale Volksinitiative vorbereitet, um den Hochdeutsch-Plänen in Kindergärten des Erziehungsdirektors Eymann endgültig einen Riegel zu schieben.

Bravo! Wir unterstützen die Initiative!

*Markus Borner,
Kantonalpräsident SD-BS*

mit ist die Sache erledigt und man geht weiter...

Im Thurgau wurde der Exponent der Jungen Schweizer Demokraten im Jahre 2000 am Seenachtsfest in Kreuzlingen so zugerichtet, dass er wochenlang im Koma lag und die Ärzte kaum Hoffnung hatten. Die Hirnverletzung war so gewaltig, dass Lähmungen, Gedächtnis-ausfall und viele andere Erscheinungen den damals 20-Jährigen zum Invaliden machten.

Noch heute spazieren diese Verbrecher gegen Fairness und Menschlichkeit im Thurgau frei und unbehelligt umher. Vielleicht wurden zwischenzeitlich bereits andere zu Krüppeln geschlagen. Die Kreisbildung bei der Untat verhindert Zeugen aus unserem Volke und die Tritte am Schluss des Rituals machen alle zum Täter und so decken alle einander gegenseitig.

Der Justizapparat von RR Claudius Graf-Schelling musste klein beigegeben; «es gebe keine Zeugen...» Was aber viele Bürger mehr als verärgert, ist die Tatsache, dass «Justizminister» Graf-Schelling für noch mehr Öffnung und Einwanderung plädiert! Wer aber Realitäten beim Namen nennt, ist für Graf und seine Justiz ein Rassist; auf Rassisten soll schon gar nicht eingegangen werden! Sprüche von Integration erweisen sich als faul. «Locarno» zeigt wieder, die Mentalität der Einwanderer, ihre Vererbung lässt sich kaum verändern, die teure «Integration» muss scheitern. «Locarno» ist im Thurgau schon im Jahre 2000 bittere Realität geworden. Das alles aber wird von gewissen Herrschaften und Profiteuren in vielen Bereichen sorgsam unter dem Deckel gehalten.

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau, Kant. Parteileitung*

Kanton Zürich

SD nominieren Markus Alder

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat **Markus Alder** als Kandidaten für die Stadtrats-Ersatzwahl vom 1. Juni 2008 nominiert. Die bisherige Auswahl an Wahlvorschlägen ist unbefriedigend. Auf der einen Seite steht ein umwelt- und arbeitnehmerfeindlicher Kandidat des wachstums- und profitsüchtigen Geldbürgertums. Dem gegenüber gibt es im Wesentlichen nur eine Nomination der Grünen, welche sich weigern, die Übervölkerung des Landes als massgebliche Ursache von Landschaftszerstörung und übermässigen Umweltbelastungen anzuerkennen. Mit Markus Alder soll die **nationale, umweltbewusste und soziale Politik** der Schweizer Demokraten, die im Gemeinderat sehr aktiv vertreten wird, auch in der Stadtregierung eine Stimme erhalten.

2006 als Vertreter der Schweizer Demokraten (SD) dem Gemeinderat von Dietikon (ZH) an. Nach seinem Zuzug nach Zürich wurde er Mitglied der Kreisschulpflege Schwamendingen. Er ist Parteivorstandsmitglied der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich und seit vielen Jahren Mitglied des kantonalen Parteivorstandes.

Die Hauptziele von Markus Alder sind:

- eine ökologische und soziale Stadt von klar schweizerischer Prägung
- weniger Bautätigkeit, umfassender Schutz der Grünflächen, qualitatives statt quantitatives Wachstum
- weniger «Integration», mehr Heimat
- Zürich soll für die rasche Kündigung der «bilateralen Verträge» entstehen, weil die Stadt darunter leidet (Wohnungsknappheit, Konkurrenzierung aus dem Ausland usw.)
- weniger Ausländer, Wohnungen und Stellen für Schweizer zuerst!
- Identität statt «Multikulturalität»
- keine globalistische Gleichschaltung und Vermengung der Völker
- sozialer Frieden durch Vollbeschäftigung statt Beschäftigung von immer mehr «Sozialarbeitern»
- gerechte, existenzsichernde Löhne für alle statt Spitzenlöhne und Boni für wenige!

Markus Alder



wurde 1970 geboren und ist in Dietikon (ZH) aufgewachsen. Nach der Volksschule absolvierte er mit Erfolg eine Berufsschule als Gärtner (Fachrichtung Produktion). Nach einigen Jahren Berufstätigkeit als Lastwagenchauffeur führte Markus Alder von 1996 bis 2007 eine Autofahrschule. Seit 2007 arbeitet er wieder als Chauffeur.

Markus Alder gehörte von 2002 bis

Basler Grossratswahlen!

Am 14. September finden in Basel-Stadt wiederum Wahlen statt. Die Schweizer Demokraten haben sich zum Ziel gesetzt, wiederum ins kantonale Parlament einzuziehen!

Die SD-Wahllisten müssen in den kommenden Wochen vorbereitet werden und auch anderes mehr... Helfen Sie mit, damit wir bei diesen Wahlen zu den Gewinnern zählen. Wir suchen Kandidaten, Wahlhelfer und Flugblattverteiler (auch aus Riehen und

Bettingen!). Dieser Aufruf betrifft ebenso die Damen!

Melden Sie sich bitte sofort beim Präsidenten: Markus Borner, Telefon 061 262 03 04, E-Mail: info@sd-basel.ch.

Nicht ein Jeder muss an vorderster Front mitmachen. Es gibt im Wahlkampf auch ruhigere Aufgaben. Aber nur gemeinsam können wir Erfolg haben. Eine jede Hilfe wird geschätzt und stärkt unsere Bemühungen. Besten Dank! *SD-Wahlausschuss*

Kanton Thurgau

«Locarno» im Thurgau

Erschüttert sind die Menschen – selbst Fasnächtler – über die grauenhafte Brutalität, Menschenverachtung und das völlige Fehlen von bescheidensten Resten von Fairness. Die Schläger und Kriminellen gehen richtiggehend darauf aus, Menschen zu töten. Nicht nur Messer sind typisch, auch das gezielte Töten mit der Hand. Das Vorgehen etwa bei Gruppen ist zu meist ähnlich: Das Opfer wird eingekreist, Aussenstehende können

so nichts sehen, (keine Zeugen) Schläge erfolgen in den Nacken oder auf den Kopf. Sehr oft wird der Geschundene in den «Schwitzkasten» genommen und mit der Schädeldecke voran x-mal gegen eine Stein- oder Metallwand gerannt. Dies wird solange wiederholt, bis das Opfer zusammenbricht und wehrlos am Boden liegt. Dann treten zumeist alle mit den Füssen gegen Rücken, Unterleib und meistens gegen den Kopf. Da-

Arena-Sendung zur AHV

Der Schreibende nahm am 14. März als Vertreter der SD an dieser Sendung teil. Das Diskussionsthema war die in der Woche vom 17. März im Nationalrat zu behandelnde 11. AHV-Revision. Wenn Sie diesen Artikel lesen, wird der Nationalrat in dieser Sache schon weit «vorgespurt» haben. In der Arena-Sendung knallten die Meinungen – die nicht unterschiedlicher sein können – hart aufeinander. So wird es auch in den beiden Räten in Bern sein. Wird es letztlich gar noch ein Referendum zur Vorlage geben?

Die 11. (erneute) AHV-Revision sieht u.a. vor, dass das AHV-Eintrittsalter der Frauen generell auf 65 – wie bei den Männern – angehoben wird (mit jährlichen Einsparungen von über 400 Millionen Franken). Der Bundesrat schlägt zudem vor, dass ein/e Jede/r, der dies wünscht, mit 62 Lebensjahren die Arbeit aufgeben – und AHV beziehen kann (mit einer halben Rente gar schon ab dem 60. Lebensjahr möglich). Für tiefe Einkommen soll hierbei eine Überbrückungsrente als Abfederung ausgerichtet werden. Diese Abfederung/Besserstellung der Kleinverdiener ist aber hart umstritten.

Die SVP ist unsozial

Dies zeigten die Diskussionsbeiträge der SVP-Vertreter, an deren Spitze der neue Präsident Toni Brunner stand. Diese SVP-Männer sprachen ständig vom «Sichern der AHV-Renten» (dies war die Lösung der SVP für die Öffentlichkeit!) um so als «seriöse» Partei dazustehen! Dass gewisse Arbeitnehmer im Beruf derart stark gefordert werden (Bauarbeiter, Waldarbeiter, u.a.m.) und deswegen gar nicht bis zum 65. Altersjahr arbeiten können, wollte die SVP-Delegation nicht anerkennen. Auch SVP-Wähler mit kleinem Einkommen müssen sich dies merken! Die «Tür» zur raschen IV-Rente ist ebenso heutzutage mehr oder weniger zu (was richtig ist!). Dies wurde von mehreren Votanten festgestellt. Realität ist heute auch, dass sich meist nur Gutverdienende (mit entsprechender 2. Säule) eine vorzeitige Pensionierung leisten können. Der eine SVP-Vertreter (Baumeister!) sprach sich für individuelle Pensionskassenlösungen im jeweiligen Berufsverband aus. Der Baumeisterverband, der vor nicht langer Zeit den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) aufgekündigt hat, lässt da grüssen und wenig Hoffnung aufkommen!

Die meisten Nationalräte sind finanziell gut gestellt

Nationalrätin Marianne Kleiner, FDP/AR, erklärte, dass die Frauen ja sehr gerne erst mit 65 AHV-Rente beziehen würden (die linken Frauen husteten böse!), denn mit dem eingesparten Geld im AHV-Fonds liessen sich die Renten der kommenden Generationen sichern!

Nationalrat Reto Wehrli, CVP/SZ, wies darauf hin, dass man sich im AHV-Bereich keine allzugrosszügigen Lösungen leisten könnte. Da hat er ja zum Teil noch Recht. Wenn er aber meint, dass zur Deckung des individuellen Bedarfs der Rentner ja noch die Ergänzungsleistung (EL) vorhanden sei, ist dies kein zukunftsgerichteter Vorschlag. Dass dieser CVP-Mann persönlich nicht für eine starke AHV eintritt, ist ja klar, denn er ist beruflich leitendes Mitglied einer Pensionskasse!

Nationalrat Toni Brunner, SVP/SG, «verteidigte» den Status Quo, d.h. bitte ja keine zusätzlichen Kosten! Auf privater Ebene soll sich ein Jeder ergänzend besser versichern können. Der Staat soll nur Minimallösungen anbieten!

Nationalrat Christian Levrat, SP/FR, vertrat, wie kann das denn anders sein, eine kostspieligere AHV-Lösung. Er propagierte hierbei die Vorschläge der Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit dem Titel «AHV ab 62!». Diese sieht eine mögliche Pensionierung mit 62 vor und dies mit keinen Rentenkürzungen bei Einkommen unter 116 000 Franken pro Jahr (die SP will sich vermutlich damit auch beim Mittelstand Freunde machen – oder anders gesagt: Viele SP-Genossen gehören in diese Einkommenschichten!).

Eines ist sicher: Die Mehrheit der Mitglieder des Nationalrates wird aus all diesen Vorschlägen vermutlich einer moderaten Lösung den Vorzug geben. Extreme Lösungen, eine Null-Lösung, wie von der SVP propagiert oder auch das kostspielige Modell der Ratslinken, werden hierbei keinerlei Chancen haben.

Einmal das Wort ergreifen

Als Teilnehmer dieser Arena-Sendung versuchte ich mehrmals zu häufig vorkommenden (Falsch-)Aussagen einiger Teilnehmer meine Meinung kund zu tun. Doch Drankommen muss man erst! Der Moderator, Urs Leuthard, bestimmt hier immerzu, wer sprechen kann und darf!

Der Chef des Bundesamtes für Sozialversicherungen, Yves Rossier, erklärte z.B. wörtlich, dass es ein «Segen Gottes» sei, dass wir dank der Personenfreizügigkeit eine derart hohe Zuwanderung von Arbeitskräften hätten, mehr als erwartet! Dies komme dem AHV-Fonds zugute. Die freisinnige Marianne Kleiner gab noch eins drauf und meinte sinngemäss: «Wir brauchen in Zukunft noch mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland!». Nie-

mand sagte etwas gegen die Nachteile einer übermässigen Zuwanderung – nicht einmal die Grünen! Der Schreibende durfte dann verbal doch noch einen Nagel einschlagen: «Weshalb muss denn bei der AHV so gespart werden – dies zu Lasten vieler Arbeitnehmer und Selbständiger – wenn gleichzeitig Hunderte von Millionen Schweizer Franken in die EU-Oststaaten (Unruhe im Studio) abfliessen?»

Markus Borer

SD fordern Bourquini-Verbot!

Mit Empörung haben die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich davon Kenntnis genommen, dass in den städtischen Badeanstalten neuerdings das Baden in sogenannten «Bourquinis» (den ganzen Körper verhüllende Frauenbadkleider) erlaubt ist.

Die Schweizer Demokraten werden an der nächsten Sitzung des Stadtparlaments einen Vorstoss für ein Bourquini-Verbot in öffentlichen Bädern und Gewässern einreichen und prüfen auch, ob über die kantonalen Gesundheitsbehörden entsprechende Schritte eingeleitet werden können.

Aus hygienischen Gründen wurde erst kürzlich – und völlig zu Recht – verboten, unter der Badebekleidung Unterwäsche zu tragen. Das



Benützen von «Bourquinis» ist erst recht im höchsten Masse unhygienisch und muss verboten werden. Es handelt sich aber auch um eine freche Provokation seitens von Zuwanderern, die damit demonstrieren, dass sie sich nicht an die hiesigen Sitten und Gebräuche anpassen wollen.

Mit Religion hat dies wenig und mit Süd-Nord-Kolonialismus sehr viel zu tun. Der offenbare Missbrauch der Religionsfreiheit ist um so stossender, als es eine solche Freiheit in islamischen Ländern fast nirgends gibt.

Überfremdung



Bernadette Reichmuth, Goldau, alias «die Stauffacherin»

Viel zu viele Fremde auf unsren Strassen gehn. Ehrlich, das kann ich nicht verstehn. Nirgends auf der Welt tut man dies seh!

Sind wir das neue Bangladesch? Dies wäre unser aller Pech.

Kürzlich waren wir doch noch ein Volk. Wer oder was hat diese Lawine zu uns gerollt?

Die Multikulti-Welle aus aller Welt, die Armen und Reichen mit Geld, ist dies nun unsre neue Welt?

Wo ist denn unser Volk geblieben, hat man es denn schon so vertrieben?

Wer liess dies zu, dass wir so überfremdet, dass einem der Anblick befremdet?

Wer liess denn so viele Fremde zu? Und davon bekommen wir niemals mehr Ruh.

Sie sollten niemals überhandneh-

men, das tut der Schweiz ihre Identität stehlen.

Für das Kleinste wird ein Gesetz gemacht, doch an dies hier hat man nicht gedacht!

Andre Länder, andre Sitte, und das alles in unsrer Mitte!

Bei den Tieren und Pflanzen, die nicht von hier sind, da ist man übergeschwind!

Sie sagen, das Fremde schadet der Natur. Da haben sie ja die Antwort pur.

Warum glauben sie, dass das bei den Menschen anders ist? Ich bin da sehr Pessimist!

Jeder Hund hat seine Rasse, das ist ganz grosse Klasse.

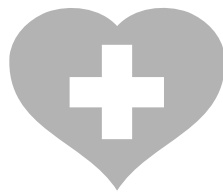
Das ist beim Menschen ebenso, und darüber bin ich froh!

Rassismus, Terrorismus, Fremdenfeindlichkeit! Ja, hinter diesen Wörtern man üble Spiele treibt.

Gut geschützt! Juhui, es hat genützt!

Wie viele Fremde wollen, sollen denn noch kommen?

Hab' Angst, dass uns die Heimat mehr und mehr wird genommen, doch dazu darf es niemals kommen!



Mitage et bétonnage du sol suisse



Mary Meissner,
Vernier

De grandes discussions vont bon train au sein du Palais fédéral entre tous les partis concernant les lits froids ou chauds dans nos montagnes.

A la base la suppression de la lex Koller, ex lex fédérale Friedrich Furgler. C'est grâce à cette fameuse loi que j'ai pu vendre les appartements de ma tante à Morgins, après son décès, à des Suisses, qui avaient comme concurrents des Italiens et Français. Or, les verts et autres illuminés, demandent un changement dans l'aménagement du territoire avant de supprimer cette loi. Bizarre, lorsqu'on sait que l'argent n'ayant pas d'odeur, les communes sont prêtes à se prostituer en vendant à des Russes, Saoudiens ou Allemands, lorsque ce ne sont pas des Anglais ou des Italiens, les terrains leur appartenant, sans se douter que cet argent souvent sale vient se blanchir dans nos montagnes immaculées.

Il suffit de se rappeler du résultat des votations sur le bruit des avi-

ons. Seuls les habitants de Meiringen et de Payerne pour ne citer que ceux-là, ont voté oui à la suppression des vols en zone touristique, le reste des cantons n'étant pas concerné directement ayant voté non. Donc, laisser aux cantons et même aux communes l'aménagement de leur sol est une hérésie engendrant le chaos, chacun ne pensant qu'à son intérêt personnel.

Voyez Vernier où Ikea veut s'implanter à tout prix aux abords d'une artère surchargée de trafic, malgré la protestation des habitants et le refus de la commune, le canton impose ses décisions approuvant la construction d'une immense surface sans débouché routier. Par conséquent exigeons une loi fédérale stricte ne laissant aucune possibilité de détourner les barrières juridiques érigées pour protéger un environnement vivable, aéré, sans béton et sans routes goudronnées.

Surtout ne pas laisser aux communes et même aux cantons, la possibilité de favoriser des pots ayant un terrain à vendre, des matériaux de construction à liquider, ou la nécessité d'engager du personnel hôtelier, etc. Dans mon cas, c'est un notaire véreux qui a laissé passer un vice de forme dans le testament de ma tante qui a invalidé mon héritage au profit de la commune.



Le fric a tellement d'importance aujourd'hui, que la protection du patrimoine, de l'environnement, des animaux sauvages, du paysage et des pics neigeux est vilipendée au profit d'horribles complexes disgracieux, les concepteurs ayant perdu le sens du beau, de

l'élégance et des réels désirs humains. De surcroît cet argent venu d'ailleurs dictera sa loi, nous rabaisant à de vulgaires esclaves du grand capital apatride.

Pourrions-nous encore parler de patrie, de neutralité ou de liberté?

Dans quel monde vivons-nous?

A lire et écouter les commentaires de plus en plus virulents qui sont déversés dans les médias au sujet des méfaits mortels du tabac dans le monde, et malgré la levée de boucliers qui ne donne pas de résultats satisfaisants pour une diminution drastique de la mortalité énorme qui se pointe à l'horizon, pourquoi tout simplement ne pas interdire les plantations de tabac, les fabriques de cigares et cigarettes, et toute la publicité y relative?

On assiste à une lutte acharnée en Colombie, Afghanistan et autres pays producteurs de pavots, pour éradiquer la cocaïne, l'héroïne et naturellement les autres drogues comme le cannabis, sources de drogues létales, pourquoi n'agit-on

pas de même pour le tabac? Cela sert à quoi de laisser prospérer les fabriques de cigarettes qui engrangent des milliards de bénéfice, d'ouvrir les écrans de télévision et autres médias aux réclames tabagères, de continuer à délivrer des permis de vente aux kiosques et magasins de journaux, et en même temps dépenser des millions pour éduquer et convaincre les accrocs au tabac d'y renoncer pour éviter le cancer et une mort prématurée?

Evidemment si les Etats préfèrent encaisser des taxes toujours plus grandes d'un côté et avoir de plus en plus de frais de santé de l'autre, il y a un vice de calcul au détriment de tous les citoyens, les raisonnables, comme les fautifs. Et si les

caisses maladie instituaient un bonus ou un malus dans ce domaine, comme les assureurs automobiles? Mais la solution la plus radicale

c'est de supprimer les racines du mal, car l'indiscipline est l'apanage de l'homo sapiens.

Alice Sonderegger, Genève

La bourde voulue de Couchepin

On ne me fera pas croire que monsieur Couchepin a perdu le fil de son discours, ou que son laïus n'a été qu'une erreur de prononciation. Le fait que le même jour l'UDC Mörgele était à Auschwitz, est d'autant plus voulu et que cet écart de langage est comparable au «détail» de Le Pen qui a déclenché un tollé général de la part des milieux de gauche et même d'une droite contaminée par la pensée unique. En Suisse, on minimise l'affaire, les médias mettent un bé-

mol, et officiellement on ne veut pas mettre dans l'embarras Couchepin président. Ah! s'il s'était agit d'un socialiste ou d'un PDC au lieu de l'un de ces horribles suppôts du Satan blochérien, il n'aurait jamais osé confondre Menges et Mörgele. C'est tellement facile de dire les pires méchancetés, et ensuite de s'excuser platement. C'est peu cher payer une telle attaque en dessous de la ceinture!

Charlotte Morel

Le Pileri

L'Inde

A force de ne pas vouloir de filles coûtant trop cher en cas de mariage, les femmes indiennes ont procédé à des contrôles prénatals et avorté chaque fois qu'il s'agissait d'une fille, ce qui fait qu'aujourd'hui l'Inde a trop d'hommes et il manque 60 millions de femmes et les autorités se trouvent devant un immense problème de déséquilibre humain impossible à compenser rapidement. Il faudra des décennies pour combler cette lacune programmée et quasiment irréversible. L'Etat est prêt à dépenser 2.6 millions pour encourager la naissance de filles et payer les femmes enceintes pour ne pas avorter ou tuer un bébé de sexe féminin. Il s'agira de verser 5000 francs en 2009 pour 100'000 bébés filles. Nous souhaitons bonne chance à la Ministre Renuka Chowdury qui s'occupe du développement des femmes et des enfants.

Une révélation sulfureuse

C'est l'Église catholique et tous les juifs qui vont être ravis d'apprendre que l'Ancien testament et par conséquent le Nouveau qui en découle, est sorti de cerveaux hébreux humains, ayant concocté les tables de la loi et autres histoires bibliques, sous l'emprise de plantes poussant dans le désert du Sinaï. Celles-ci contiennent des molécules psychoactives. Le tonnerre, les éclairs et le puissant son de trompe ont été produits par un état de conscience modifié. La consommation de ces plantes provoque des effets de lumière, et s'accompagne de sentiments religieux. Les Juifs de la région qui consomment le «harmal» lui attribuent des pouvoirs magiques et médicaux, Jésus Christ aurait-il lui aussi été un junkie avant nos contemporains? Quelle valeur a une religion basée sur la drogue?

Le cauchemar des poules

Voici Pâques et ces millions d'œufs que nous consommerons sans même une pensée de remerciement à ces volailles dont plusieurs milliers sont encore élevées en batteries. Sans soleil, sans l'odeur des champs et des prés, sans terre à gratter et manquant de place, ces malheureuses petites bêtes ne servent qu'à contribuer au bien être de nos estonacs. Quand donc nos élus élaboreront-ils une loi interdisant tout élevage en batteries? Si un jour les hommes meurent d'hépatite B, ils ne pourront s'en prendre qu'à leur gourmandise, le

foie et la vésicule biliaire ne supportant pas trop les ingrédients aviaires.

Vivisection

Ayons aussi une pensée pour ces millions d'animaux sacrifiés sur l'autel de recherches parfaitement inutiles. L'Union européenne vient de créer REACH (Registration, Evaluation and Autorisation) destiné à tester des milliers de substances chimiques déjà présentes sur le marché et cela en utilisant la vivisection sur environ 50 millions d'animaux de toutes sortes. Naturellement, plusieurs ligues et associations de protection des animaux et anti-vivisection se mobilisent pour contrer cette initiative. Il existe plusieurs méthodes de remplacement pour tester médicaments et cosmétiques sans avoir recours aux animaux vivants. Car combien de médicaments, piqûres et vaccins issus de ces essais de laboratoires ont provoqué des malformations, des maladies et même des décès chez les humains qui ne réagissent pas comme des rats ou des lapins. Mais tous ces chercheurs qui gagnent leur vie en prenant celle de malheureuses victimes innocentes et sans défense, ne sont pas prêts à renoncer à leur bien être mal acquis pour une question aussi saugrenue que celle de considérer les animaux comme des frères dévoués et sans malice! Le principe de l'éthique est tellement tordu et ridiculisé lorsqu'il s'agit de singes, de serpents ou de

chiens, de rats, de souris ou de chats, etc., que les défenseurs des animaux perdent leur temps et leur argent sans contre partie. Car devant 50 millions de sacrifiés, que comptent 5000 par ci, et 4000 par là, d'animaux rescapés, sauvés et aimés?

Pâques c'est aussi le mignon petit lapin

Qu'en est-il de la saga des lapins? Un massacre inconnu du public qui ne voit que des cols, des gants, des bérets en fourrure et autres peluches, qui achète des lapins de Pâques en chocolat ou nougat, qui les élève pour la joie de leurs enfants, et qui les mange au restaurant ou dans leur cuisine. Le nombre de peaux de lapin mises sur le marché s'élève à plus d'un milliard par an contre 25 à 35 millions de peaux de visons (total mondial). Ceci pour pallier au manque de peaux d'animaux protégés. La France vient en tête avec une production de 70 millions. L'Espagne et l'Italie viennent ensuite.

Les animaux sont enfermés à plusieurs ou individuellement dans des cages en métal sans possibilité de bouger, de sauter, de s'étirer ou de se redresser, ce qui génère des malformations osseuses, pododermatologiques, ulcéraires, etc. et psychologiques. Bagarres pour les uns, frustration et solitude pour les autres. Les lapines sont inséminées artificiellement ce qui provoque du stress, des lésions vaginales et des infections. Les lapines dévorent souvent leurs petits et 25% des lapereaux n'atteignent pas l'âge adulte. Beaucoup de lapins meurent

durant leur transport à l'abattoir vu les mauvaises conditions de transport et des manipulations violentes auxquelles ils sont soumis. L'incision de la jugulaire est la mise à mort généralisée après une décharge électrique pas toujours efficace.

Voilà ce que tous les êtres humains qui fêtent Pâques avec des lapins de toutes sortes devraient savoir et prendre en considération. Ne pas se battre contre ces horreurs est une hérésie qu'un chrétien doit dénoncer et faire pression sur les futurs élus lors de votations souvent vides de sens. Mon cœur saigne en lisant ces lignes que je dois écrire pour que vous, lecteurs preniez conscience des souffrances incroyables que nous côtoyons chaque jour sans nous en rendre compte.

Octopus

Déchets napolitains

Ouf! Tout Genève pousse un soupir de soulagement. Nous serons épargnés et les saloperies napolitano-chinoises ne viendront pas polluer nos campagnes! Pas si sûr! Les SIG et le Conseil d'Etat ont trop facilement tourné casaque. Qu'est-ce vraiment que le plan B? Si les responsables jusqu'à Robert Cramer ont pu tournebouler nos esprits par une histoire à dormir debout selon les autorités de Naples, je soupçonne fort ces mêmes fonctionnaires qui ne pensent qu'à rentabiliser leurs fous «crématoires», d'avoir dans leur tiroirs ce

Plan B consistant à recevoir quand même ces déchets via l'Allemagne. Il n'y a qu'à chaner les étiquettes et documents douaniers. Au lieu d'arriver d'Italie à Cornavin, ils arriveront de Frankfort-Bâle à Cornavin. M. Stauffer a raison de demander qu'aucun déchets étrangers d'où qu'ils viennent ne soient réceptionnés en Suisse et à Genève. Après tout l'UE est seule en jeu dans cette sale affaire et l'Italie doit s'arranger avec ses frères européens que la Suisse ne reconnaît pas.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Démocrates  Suisses

En parcourant la presse

Mariages forcés en Suisse

Qui a dit et encore ose dire que l'immigration est un bienfait pour des nations?

En Suisse on compte depuis l'arrivée de milliers de musulmans, plus de 17 000 mariages forcés qui tournent à la catastrophe. Nos lois ne suffisent plus pour protéger des enfants majeurs contre des traditions étrangères à notre mode de vie, et qui, de plus, traumatisent une jeunesse importée contractant contre leur volonté, des unions vouées à l'échec. Pour palier aux insuffisances officielles et pourtant politiquement dans la ligne des Droits de l'Homme, une association a dû être créée pour porter secours à ces jeunes filles sacrifiées sur l'autel des traditions religieuses bafouant le droit suisse, la Fondation Surgir. Peut-on espérer que l'UDC en plein développement, s'occupera de changer la loi en renforçant les contraintes juridiques et surtout en surveillant l'arrivée et l'établissement des personnes éduquées aux antipodes de nos mœurs occidentales?

Pipophobes, ou pipophile?

(Aussi poepophobe et poepophile)
Un nouveau dictionnaire est en gestation pour changer, compléter et élaguer les mots de la langue française. D'aucuns diront que c'est une hérésie et d'autres plus arrangeants applaudiront une mise à jour compatible avec la façon de s'exprimer aujourd'hui. L'influence des SMS, des e-mails et autres i-pods, contribuent grandement à péjorer l'orthographe et le style français mis à l'honneur par Châteaubriant, Voltaire, Rousseau ou Boileau, plus tant d'autres acceptés à l'Académie française. On va supprimer par exemple le I à oignon, et beaucoup de doubles consonnes, les PH seront remplacés par des F, et des mots par de simples lettres comme c'est par C. Alors moi, je me permets d'inventer les mots du titre, car nos médias nous bourrant le crâne des vies intimes de stars, VIP's ou Présidents, provoquent un rejet ou un appétit démesuré sous les titres plus appropriés de pipophobes ou pipophiles, oh! pardon, pipofobes ou pipofiles au lieu du mot neutre de pipolades.

La civilisation des «souchiens»

Croyez-vous que ce vocable bizarre vienne du mot souche lorsqu'on veut parler des autochtones d'un pays? Que nenni! Il y a les immigrants, les touristes, les extraterrestres, et les sous-chiens, c'est-à-dire

les autochtones sur lesquels on peut s'essuyer les pieds. La mondialisation est en train non seulement de remettre à l'honneur de petites entités nationales qui demandent leur autonomie, mais il crée des catégories de métis, de noirs, d'homosexuels, d'interneutes, et d'arnaqueurs sur le web, en plus de tous les groupes existants, des associations, des sectes et autres sociétés – A quelle catégorie appartenez-vous? Aux futurs superhumains qui devront s'exiler dans le cosmos?

Que doit-on faire?

Tout d'abord se conduire décemment, suivre les dix commandements, surtout pas ceux du Coran, savoir établir un budget évitant toutes dettes inutiles, se restreindre dans ses accès de folie acheteuse provoquée par des publicités mensongères répétitives, faire du sport sans excès conduisant aux pires désastres de santé, éviter les jeux de hasard où l'on est toujours perdant, les lotos, les sportotos et autres jeux d'argent, manger et boire modérément, éviter de consommer des drogues et autres anabolisants, essayer de rester fidèle, ne pas faire trop d'enfants voués aux pires maladies et catastrophes à venir, contrôler et appliquer les lois existantes et punir drastiquement toutes les turpitudes agressant l'être humain normalement constitué et désireux de vivre en harmonie avec son environnement. Ce texte renferme les miasmes d'une religiosité qui se meurt, alors prenez-le comme un remède pire que les règlements de prison. Surtout, n'acceptez pas les cartes de crédits, les incitations aux dépenses inconsidérées, et ne faites pas de dettes. L'État se charge d'en faire pour vous.

Chypre écartelée

Comment l'UE va-t-elle inclure dans son gouvernement, une île dont seulement la moitié est acceptée en même temps que la Grèce? La Turquie, agresseur de surcroît et qui s'est imposée de force et par les armes au Nord de l'île est loin d'être partie prenante et acceptée par l'UE.

L'émiettement des États, des régions et des pays, le mélange des races, des religions et des sectes, le système dit démocratique qui consiste à faire voter des lois ou des postes de députés par les urnes qui donnent raison aux minorités mieux embrigadées, conduisent à

un chaos prévisible dûment programmé par des forces maçonniques agissant sur Terre depuis des siècles, et qui sont arrivées à notre

époque avec une présatisfaction du devoir accompli. De quel devoir s'agit-il et dans quel but?

Octopus

Le tsunami kosovar



Attention, sans l'accord du peuple suisse, nous avons créé un 27^e canton, virtuel éparpillé dans tout le pays celui du Kosovo, avec 240 000 âmes soit un dixième de la population de ce pays musulman des Balkans. Ceci grâce à la politique étrangère de Micheline Calmy Rey qui défend bec et ongles sous prétexte de la souveraineté des peuples à disposer d'eux-mêmes, l'indépendance de ce pays arraché à la Serbie.

Je me demande si le nom de Calmy d'origine étrangère, ne cache pas un ressortissant musulman de ce pays? Cela expliquerait la rage de cette élue à défendre l'entrée d'un futur Etat musulman dans l'U.E., sous prétexte que le modernisme implique l'application pour la Suisse d'une neutralité active... sous entendu soumise, et destinée à soutenir coûte que coûte ce 27^e canton. Déjà ces ressortissants retournés au pays, remercient la Suisse de les avoir aidés à construire ou reconstruire leur maison, alors que tant d'Helvètes deviennent des working poors et ne pourront jamais concrétiser leur rêve de devenir propriétaires.

Pendant ce temps, les jeunes Kosovars violent nos filles, vendent de la drogue à nos fils et se battent à coups de couteaux contre leurs hôtes, magouillent des mariages

blancs pour obtenir le passeport ou être entretenus par des Suissesses en mal de maris.

Comme l'UE nous déteste, elle est ravie que nous soyons les vaches à traire des islamistes irrédentistes dont la politique nataliste espère vaincre et envahir notre territoire, et Calmy Rey est un atout précieux pour, d'une part, soutenir financièrement les Kosovars ici et chez eux, et d'autre part en félicitant Schmid le dissident de l'UDC de vouloir laisser et même augmenter le contingent de la KFOR qui nous coûtera 50 millions de francs par année, que le Kosovo soit indépendant ou non.

Bref notre société devenant de plus en plus multiculturelle, sera bientôt également multiconfliktuelle, exemple flagrant la Serbie amputée d'un morceau de son territoire, du berceau de sa religion représenté par de magnifiques petites églises et de l'exode de milliers de citoyens serbes chassés de chez eux où ils ne sont plus que 12% de la population, les Albanais ayant bien travaillé de la matrice. La politique démographique n'a pas besoin de canons pour s'implanter sur un territoire et réclamer son indépendance dès qu'un nombre suffisant d'individus peuvent revendiquer les droits des plus nombreux.

Maria de Seimners

**Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten** **SD** **SD-Zentralsekretariat**
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch**Redaktion**
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern**Redaktoren:***Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)**Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf**Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)**Dr. Dragan J. Najman, Baden**Friedrich Auf der Maur, Volketswil*

SD gegen Anerkennung des Kosovo

Die Schweizer Demokraten (SD) kritisieren den Bundesrat scharf, den Kosovo ohne überzeugende völkerrechtliche Begründung als eigenständigen Staat anerkannt zu haben. Die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ist völkerrechtswidrig und ein Bruch der UNO-Resolution 1244, die zwar eine substantielle Autonomie, aber keine Unabhängigkeit dieser Region vorsieht. Die Schweiz hätte diesen künstlichen, auf US-amerikanische Anordnung geschaffenen Staat nicht anerkennen dürfen und sich nicht mitschuldig machen an diesem eklatanten Bruch des Völkerrechts.

Für die SD ist der Kosovo urserbisches Gebiet. Die Schlacht auf dem Amsfeld im Jahre 1389, in der Nähe des heutigen Pristina, in der sich die Serben gegen den osmanischen Imperialismus zur Wehr gesetzt haben, ist eines der wichtigsten Ereignisse der europäischen Geschichte. Zwischen der Schweiz

*«Gott schütze Serbien» – und die Schweiz.*

und Serbien gibt es weder Differenzen noch historische Konflikte. Diese guten Beziehungen dürfen nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden.

Weiter fordern die SD den unverzüglichen Rückzug der «Swisscoy»-Söldnertruppen aus dem Kosovo. Für die SD ist es zudem völlig

inakzeptabel, dass die Schweiz die einseitige Loslösung des Kosovo aus dem serbischen Staatsverband auch noch logistisch und finanziell unterstützt und belohnt. Schliesslich sind schon zig Millionen Franken an Wiederaufbauhilfe in diese Region geflossen, ohne dass dies wirklich eine positive Weiterentwicklung gebracht hätte.

Dass es auch in der Schweiz zu Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Zuwanderergruppen aus dem Balkan gekommen ist, liegt in der unverantwortlichen Massenzuwanderung der letzten Jahre begründet, für die sämtliche Regierungsparteien die Verantwortung tragen. Durch ihre Politik der schrankenlosen Zuwanderung und der völkerrechtswidrigen Anerkennung des Kosovo tragen diese die volle Verantwortung für die derzeitige angespannte Lage.

*Schweizer Demokraten (SD),
e. Nationalrat Bernhard Hess,
SD-Geschäftsführer*

SD neu im Tessin und in Genf

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

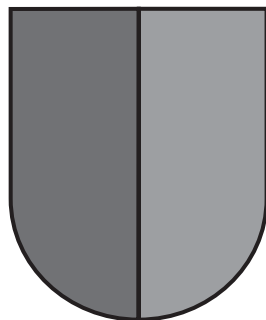
E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

*Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch*

SD/He. Die SD wachsen wieder und expandieren in die lateinische Schweiz. So sind Parteigründungen sowohl im Tessin wie auch in Genf geplant. Im Tessin treten zudem bereits sieben SD-Aktivistinnen zu den bevorstehenden Kommunalwahlen vom 20. April 2008 an.



Democratici Svizzeri (DS) Ticino

Am 26. Februar 2008 traf sich eine Abordnung von fünf Tessiner Patrioten, welche durch den zukünftigen Präsidenten Riccardo Valsangiacomo angeführt wurde, in Lugano mit dem SD-Geschäftsführer Bernhard Hess, um die Formalitäten der neuzugründenden **Democratici Svizzeri Ticino** zu besprechen. Die Parteigründung wird voraussichtlich im Herbst 2008 über die Bühne gehen.

Elezioni comunali 2008

Bereits am kommenden 20. April werden sieben DS-Gesinnungsfreunde als Unabhängige auf folgenden gemeinsamen Lega/UDC/Independenti-Listen für die nachstehenden vier Gemeindeparlamente kandidieren:

Lugano (Legislativo)

Patrick Bernhard
Marco Seitz
Matteo Cereghetti

Vezia (Legislativo + Esecutivo)

Roberto Nava

Savosa (Legislativo)

Marco Mantegazza

Morbio Inferiore (Legislativo)

Terence Pieroni
Riccardo Valsangiacomo

Parteifreunde, die an einer aktiven Parteiarbeit interessiert sind, können sich beim zukünftigen DS-Präsidenten Riccardo Valsangiacomo unter der Telefonnummer 079 595 21 53 melden.

**Elezioni comunali
20 april 2008:
Candidature Democratici
Svizzeri (DS) / Independenti / Lega / UDC**



Democrates Suisses (DS) Genève

Nach Jahrzehnten der Stagnation gibt es für die SD endlich wieder Bewegung im Kanton Genf. Unter der Regie des derzeit parteilosen Kantonsrates **Georges Letellier** und **Tierry Regard** soll in Bâle eine schlagkräftige DS-Sektion in Genf gegründet werden. Der ehemalige Parteigründer des Mouvement citoyens genevois (MCG), Georges Letellier, hat diesbezüglich seine Unterstützung zugesichert.

Gerade im Hinblick auf die beiden wichtigen Referenden gegen die Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien und gegen die Weiterführung der Massenzuwanderung aus dem EU-Raum ist es für die SD entscheidend, neu auch funktionierende Brückenköpfe im Tessin und in der Romandie zu besetzen.